Nr. 104

DJI impulse

Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 4/2013

»Normalbiografie« adieu
Übergänge von der Schule ins Arbeitsleben werden schwieriger S. 4

Das Phänomen Exklusion
Der ewige Stachel der Kinder- und Jugendhilfe S. 7

Bilder des »fundamental Anderen«
Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland S. 23

10 Jahre DJI-Außenstelle Halle

Ausgegrenzt, benachteiligt, marginalisiert:

Junge Menschen zwischen Inklusion und Exklusion

DJI impulse

// INHALT 4·2013

DJI THEMA

Birgit Reißig

04 **Das Ende der »Normalbiografie«**

Die problemlose Abfolge von Kindheit, Schule und Beruf ist heute nicht mehr die Regel. Für Jugendliche ist vor allem der Übergang von der Schule in das Arbeitsleben schwierig.

Christian Lüders

07 **Exklusion – der ewige Stachel der Kinder- und Jugendhilfe**

In der Kinder- und Jugendhilfe wird das Phänomen der Exklusion intensiv diskutiert. Eine empirische Überprüfung von Exklusion im Kontext der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gibt es kaum.

Nicolle Pfaff

09 **Jugend als Problem**

Jugendstudien konzentrieren sich vielfach auf die Risiken des Aufwachsens. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Jugendforschung dabei zu wenig im Blick.

Frank Tillmann

12 **Der steinige Weg von der Schule in den Beruf**

Nach dem Schulabschluss einen Job zu suchen, ist für viele Jugendliche frustrierend. Mit Unterstützungsangeboten fällt ihnen der Übergang von der Schule in den Beruf leichter.

Interview mit Regina Kraushaar

15 **»Talente jenseits von Zeugnissen«**

Wie Jugendliche beim Übergang von der Schule ins Berufsleben unterstützt werden können, schildert Regina Kraushaar (BMFSFJ) im Interview.

Sarah Beierle

17 **Jugendliche auf dem Land: abgehängt und ausgegrenzt?**

In vielen ländlichen Regionen Deutschlands werden Jugendliche immer mehr zu einer Minderheit und aufgrund ihres Wohnorts beim Zugang zu Bildung, Freizeit und Mobilität benachteiligt.

Ursula Bischoff, Frank König, Eva Zimmermann

20 **Mehr Partizipation wagen**

Aus Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit ziehen oft diejenigen Jugendlichen einen besonderen Nutzen, die sich bereits gesellschaftlich engagieren.

Susanne Johansson

23 **Bilder des »fundamental Anderen«: Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland**

Muslime erfahren von vielen Menschen Ablehnung. Pädagogische Strategien gegen Islamfeindlichkeit und gegen die Ausgrenzung von Muslimen sind meist noch in der Erprobungsphase.

Irene Hofmann-Lun

26 **Inklusion in die Schulen bringen**

Um allen Schülerinnen und Schülern die gleichen Bildungsmöglichkeiten zu bieten, muss das pädagogische Konzept der Inklusion in Deutschland weiterentwickelt werden.

DJI SPEKTRUM

Jürgen Fuchs

29 **Jubiläum der DJI-Außenstelle in Halle**

DJI FORUM

Johanna Mierendorff

31 **Gemeinsame Forschungsinteressen**

Über die fruchtbare Kooperation zwischen dem Deutschen Jugendinstitut und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

DJI KOMPAKT

33 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut

39 **Impressum**

Liebe Leserinnen und Leser,

Jugendliche können vielfach betroffen sein von Prozessen der Exklusion, also Erlebnissen und Erfahrungen der sozialen Ausgrenzung, der Marginalisierung und der gesellschaftlichen Spaltung. Manche erleben den Schulalltag als Außenseiterinnen und Außenseiter, entweder individuell in ihrem Klassenverband oder in Institutionen, die speziell für junge Menschen mit Handicaps geschaffen wurden. Für andere erweist sich der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung als eine Schwelle des Scheiterns, weil ihnen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht zufriedenstellend gelingt. Wieder andere nehmen sich in schrumpfenden ländlichen Regionen Deutschlands aufgrund fehlender Angebote als abgehängt und vergessen wahr. Wenn man, wie es diese Ausgabe von »DJI Impulse« versucht, derartige Lebenslagen ins Blickfeld rückt, wird man mit der Frage konfrontiert, was eine der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete Gesellschaft tun kann und tun muss, um davon Betroffene angemessen zu unterstützen und soweit wie möglich sozial zu integrieren.

Eine Idee für einen besseren Umgang der Gesellschaft mit derartigen Lebensrisiken junger Menschen hat in den vergangenen Jahren großen Zuspruch erfahren: das Konzept der Inklusion. Ausgehend von einer Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2006 hat sich Deutschland auf den Weg zu einem »inklusiven« Schulsystem gemacht. Es hat den Anspruch, die allgemeinbildenden Schulen so umzubauen, dass Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen eine Teilnahme ermöglicht wird. Spontan ist man geneigt, diesem Ansinnen zuzustimmen, klingt es doch nach einem wirklichen Nachteilsausgleich für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen, nach einem Ende von Diskriminierung und nach einer Erweiterung von Handlungsoptionen. Allerdings wissen wir bisher wenig darüber, wie gut Inklusion im bundesdeutschen, föderalen Schulalltag wirklich funktioniert. Insbesondere ist nicht klar, ob im Schatten der Inklusion vielleicht neue Probleme entstehen. Dazu kann es beispielsweise kommen, wenn im Alltag vermeintlich inklusiver Bildungsinstitutionen einfach alle Kinder »gleich« behandelt würden, ohne dass ihr individueller Förderbedarf genügend beachtet wird. Bei einer solchen Praxis würden, wie der 14. Kinder- und Jugendbericht zu Recht gewarnt hat, Kinder mit speziellem Förderbedarf zu »inkludierten Außenseitern«.

Diese Bedenken sind mitnichten als Argument gegen Inklusion zu verstehen, sondern als Mahnung, die Umsetzung und ihre Nebenwirkungen genau zu beobachten. Das vorliegende Heft geht solchen Aspekten nach und erweitert diese Perspektive auf mehrfache Weise. Es zentriert die Prozesse der Inklusion und Exklusion keineswegs auf die Gruppe der Menschen mit Behinderungen, sondern auf alle jungen Menschen, die mit Ausgrenzungs- und Marginalisierungserfahrungen zu kämpfen haben. Es begreift Inklusion nicht nur als Angelegenheit der Schulen, sondern als Aufgabe des gesamten Bildungs-, Erziehungs- und Sozialwesens. Dabei liegt es nahe, auch Prozesse der Exklusion genau zu analysieren: Wer die Risiken kennt, kann

THOMAS RAUSCHENBACH

ihnen möglicherweise besser begegnen. Das bedeutet auch, sich reflexiv mit Exklusionsprozessen zu beschäftigen.

Die Beiträge dieses Hefts stammen zu einem erheblichen Teil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DJI-Außenstelle in Halle an der Saale. Das erklärt sich auf mehrfache Weise: Zum einen ist die DJI-Außenstelle auf Themen wie Übergänge und Statuspassagen spezialisiert – und genau hier werden Benachteiligungen besonders relevant. Zum anderen basieren einige Texte auf Vorträgen anlässlich eines dort veranstalteten Symposiums zum zehnjährigen Bestehen der Außenstelle in den Räumen der Franckeschen Stiftungen. ×

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Thomas Rauschenbach,
Direktor des Deutschen Jugendinstituts

Das Ende der »Normalbiografie«

Die problemlose Abfolge von Kindheit, Schule und Beruf ist heute nicht mehr die Regel. Für Jugendliche ist vor allem der Übergang von der Schule in das Arbeitsleben schwierig, die Gefahr sozialer Ausgrenzung ist in dieser Phase besonders groß. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat auf diesen Wandel teilweise bereits reagiert. Dennoch gibt es Fragen, denen sie zukünftig verstärkt nachgehen sollte.

Von Birgit Reißig

Der Übergang von der Kindheit in das Erwachsenenalter ist für junge Menschen eine Herausforderung. Die Lebensphase »Jugend«, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als eigenständiger biografischer Abschnitt wahrgenommen wird, stellt allerdings seit einigen Jahrzehnten besonders große Anforderungen an Jugendliche. Grund dafür ist ein in den 1980er-Jahren beginnender Wandel biografischer Abläufe. Seitdem wurde das zuvor dominante lineare Übergangsmuster heterogener und fragmentierter. Diese Entwicklung wird in der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung bis heute

unterschiedlich beschrieben: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sprechen beispielsweise von einer »Entstrukturierung« oder »Destandardisierung« der Jugendphase (Olk 1985), von einer »Individualisierung« (Fuchs 1983; Heitmeyer/Olk 1990) oder »Entgrenzung« (Schröer 2004). Alle diese Begriffe zielen im Kern darauf, dass lineare Übergänge von der Kindheit in die Jugend und von der Jugend ins Erwachsensein aufgebrochen werden. Die Konturen der »Lebensphase Jugend« haben sich verändert.

Dies zeigt sich zum einen in einem späteren Eintritt in die Berufsausbildung – der Einstieg in die erste Berufsausbildung erfolgt in Deutschland heute mit durchschnittlich 19,5 Jahren – und zum anderen in der Verkürzung von Bildungs- und Studienzeiten (etwa durch das 8-jährige Gymnasium oder den Bologna-Prozess). Insbesondere der verzögerte und oft mit prekären Bedingungen einhergehende Einstieg nach Studium oder Berufsausbildung in die Erwerbsarbeit führt dazu, dass junge Menschen erst spät den Erwachsenenstatus erreichen (Hurrelmann 2010; Buchholz 2008).

Schwierige Rahmenbedingungen erzeugen mehr »Nesthocker«

Auf eine »normalbiografische Verknüpfung zwischen Bildung und Beschäftigung« können sich junge Menschen heute kaum mehr verlassen (Stauber/Walther 2013, S. 276). In den Fokus der Öffentlichkeit gelangen immer wieder die sogenannten »Nesthocker«, junge Erwachsene (vor allem Männer), die noch bis weit über 30 Jahre bei ihren Eltern wohnen. Forscherinnen und Forscher verweisen zu Recht darauf, dass auch sozialstaatliche Rahmenbedingungen es für junge Frauen und Männer ohne Ausbildung oder Arbeit zusätzlich erschweren, aus dem Elternhaus auszuziehen und einen eigenen Haushalt zu gründen (Stauber/Walther 2013). Wenn junge Menschen über keine eigenen Einkünfte verfügen und auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind, sieht es die SGB II-Gesetzgebung nur in begründeten Ausnahmefällen vor, dass junge Menschen unter 25 Jahren eine eigene Wohnung haben können. Auch die Familiengründung ist schwieriger geworden. Zwar haben Jugendliche nach wie vor früh sexuelle Beziehungen, Heirat und Kinder werden jedoch lebenszeitlich nach hinten geschoben (Hurrelmann 2010). Zugleich wächst der Wunsch der jungen Menschen nach Kindern und Familie (Gille 2006). Ihre fehlende Haushaltseigenständigkeit und späte Familiengründung geht in vielen Fällen mit einem Bedeutungszuwachs der Peerbeziehungen einher.

Jugend ist eine Zeit der Identitätssuche, des Ausprobierens und zum Teil auch des riskanten Verhaltens. Zwar betrachten Forscherinnen und Forscher diese Lebensphase nicht mehr generell kritisch, dennoch beobachten sie riskante Verhaltensweisen der jungen Menschen – von kritischem Verhalten im Straßenverkehr bis hin zum Drogenkonsum. Im Jugendalter findet zudem die politische Sozialisation statt, die mit Orientierungsprozessen einhergeht. Junge Menschen sind dabei unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt, sie müssen sich den vielfältigen Herausforderungen des Aufwachsens in einer Einwanderungsgesellschaft stellen. Neben einem Erfahrungsgewinn beinhaltet dies auch die Notwendigkeit, sich erweiterte (interkulturelle) Kompetenzen im gesellschaftlichen Zusammenleben anzueignen und verschiedene beziehungsweise als verschieden wahrgenommene Identitätsanteile zu integrieren. Eine besonders problematische Entwicklung sind fremdenfeindliche, antidemokratische und rechtsextreme Tendenzen. Damit kommt der Jugendphase auch mit Blick auf diese Entwicklungen und die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens in einer pluralistischen Gesellschaft besondere Bedeutung zu (Glaser/Greuel 2013).

Die hier schlaglichtartig aufgezeigten Entwicklungen verdeutlichen die Prozesse einer Entstandardisierung des Jugendalters, und führen zu folgenden Thesen: Erstens wird deutlich, dass sich das junge Erwachsenenalter aufgrund dieser Prozesse immer mehr als eine eigenständige Phase im Lebenslauf herauskristallisiert (Stauber/Walther 2013; BMFSFJ 2013). Zweitens ist augenfällig, dass Prozesse der Entstandardisierung vor allem auf Auswirkungen veränderter Bedingungen im Bereich von Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit zurückzuführen sind. Dennoch gewinnt Bildung »trotz ihrer inhaltlichen Entkopplung vom Beschäftigungssystem noch an Bedeutung« (Walther/Stauber 2013, S. 35). Junge Menschen investieren immer stärker in ihre Bildung, ohne zu wissen, ob sich diese Investitionen im Berufsleben auszahlen. Damit wird deutlich, dass allein das individuelle Meistern von Herausforderungen im Jugendalter zwar eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung von Übergängen darstellt, aber allein nicht ausreicht. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen (beispielsweise Anforderungen des Arbeitsmarkts oder regionale Unterschiede) sind ein ebenso wichtiger Faktor für die erfolgreiche Bewältigung von Übergängen im Jugendalter.

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat auf die Veränderungen im Aufwachsen junger Menschen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen reagiert. Zum einen folgte der beobachtbaren Ausdifferenzierung von Jugendbiografien auch eine Differenzierung der Betrachtungsebenen. Ausdruck dafür ist der bereits erwähnte spezifische Blick auf das junge Erwachsenenalter. Aber auch die neuen Anforderungen an das Individuum bei der Gestaltung der eigenen Biografie wurden in der Forschung durch erweiterte Blickwinkel reflektiert.

Deutlich wird dies beispielsweise in der Hinwendung zum Begriff des »Übergangs«: Dieser fließendere Ausdruck hat die eindeutig festgelegte, starre »Statuspassage« weitgehend ersetzt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschreiben

Lebensläufe auch als eine Abfolge von Übergängen. Übergänge werden dabei als Wechsel zwischen Lebensphasen, Statuskonfigurationen und psychischen Zuständen in der Biografie von Individuen verstanden (Raithelhuber 2011; Walter/Stauber 2013). Damit wird der Blick auf Institutionen und Strukturen geöffnet, die Übergänge beeinflussen, und es werden gleichzeitig auch die Handlungspotentiale von Individuen beachtet.

Die Erkenntnis, dass »Statuspassagen mehr oder weniger erfolgreich absolviert, Übergänge hingegen bewältigt (werden)« (Schröer 2013, S. 70), verweist darauf, dass Fragen von Handlungsfähigkeit und Handlungsermächtigung seit einigen Jahren in der Forschung stärkere Beachtung gefunden haben. Dieses »Agency-Konzept« bietet die Möglichkeit, individuelle Handlungsfähigkeit zu betrachten, ohne jedoch den gesellschaftlich-strukturellen Kontext aus dem Blick zu verlieren. Dabei geht es darum, wie junge Menschen vor dem Hintergrund des Einflusses der sozialen Herkunft sowie gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in Übergangssituationen individuelle Ressourcen mobilisieren können und sich als handelnde Akteure erweisen.

Übergänge sind »Zonen der Verwundbarkeit«

Übergangsprozesse sind mit Risiken und Unsicherheiten verbunden und stellen Zonen der Verwundbarkeit dar (Walter/Stauber 2013; Castel 2000). Damit sind Übergangsphasen für die Betroffenen besonders neuralgische Punkte innerhalb ihrer Biografie, an denen auch die Gefahr der sozialen Exklusion groß ist. Die Übergänge in das Erwachsenenalter stellen in besonderer Weise Anforderungen an junge Menschen, vor allem falls es ihnen nicht gelingt, von einem Lebensstadium in das nächste zu gelangen, etwa wenn sie keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden, und sie dadurch in prekäre Lebenslagen geraten. Kommen dazu noch fehlende Möglichkeiten materieller und kultureller Teilhabe sowie soziale Isolation, müssen junge Menschen als sozial ausgegrenzt gelten (Kronauer 2002).

Dieses Phänomen lässt sich nach wie vor in unserer Gesellschaft beobachten. Die sozialwissenschaftliche Forschung wird dem weiterhin Aufmerksamkeit schenken müssen, um die Wirkungsweisen von Prozessen der sozialen Inklusion und Exklusion aufzudecken. Ein Schwerpunkt sollte dabei – wie insgesamt in der Übergangsforschung – auf den Prozessbetrachtungen liegen. Denn dadurch können Inklusions- und Exklusionsprozesse im Spannungsfeld von strukturellen Einflüssen (zum Beispiel der sozialen Herkunft der jungen Menschen) und individueller Handlungsfähigkeit beobachtet werden, ohne dabei jedoch einem »Machbarkeitsmythos« aufzusitzen und die alleinige Verantwortung für die Gestaltung von Übergängen dem Individuum aufzubürden.

Jugendliche sind ein zunehmend »knapper werdendes Gut«. Dies hat auch für die Jugendforschung Konsequenzen. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stellen sich viele Fragen neu. Wie kann beispielsweise in strukturschwachen Regionen langfristig die Chancengerechtigkeit beim Aufwachsen junger Menschen gewährleistet werden? Der Wegfall oder Abbau von kulturellen, bildungsbezogenen oder sozialen Strukturen geht einher mit der Gefahr, dass junge Menschen Benachteiligungen und Ausgrenzungen ausgesetzt sind. Vor diesem Hintergrund geht es auch um Bewältigungsstrategien beim Umgang mit regionalen Unterschieden im politischen und individuellen Handeln. Das Thema Jugend und regionale Disparitäten wird daher zukünftig nicht allein mit Blick auf Deutschland oder einzelne Regionen in Deutschland bearbeitet werden können, sondern auf die europäische Ebene erweitert werden müssen. ×

DIE AUTORIN

Dr. Birgit Reißig ist Leiterin des Forschungsschwerpunkts »Übergänge im Jugendalter« und der DJI-Außenstelle in Halle (Saale).
Kontakt: reissig@dji.de

LITERATUR

↗ BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ; 2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Drucksache 17/12200
↗ BUCHHOLZ, SANDRA. (2008): Die Flexibilisierung des Erwerbsverlaufs. Eine Analyse von Einstiegs- und Ausstiegsprozessen in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden
↗ CASTEL, ROBERT (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz
↗ FUCHS, WERNER (1983): Jugendliche Statuspassage oder individualisierte Jugendbiografie? In: Soziale Welt, Heft 34, S. 341–371
↗ GILLE, MARTINA (2006): Werte, Geschlechterorientierung und Lebensentwürfe 12- bis 19-Jähriger. In: Gille, Martina / Sardei-Biermann, Sabine / Gaiser, Wolfgang / de Rijke, Johann (Hrsg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. DJI-Survey 3, Wiesbaden, S. 131–211
↗ GLASER, MICHAELA / GREUEL, FRANK (2013): Jugendarbeit und Rechtsextremismus. In: Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online (EEO), Fachgebiet Jugend und Jugendarbeit, herausgegeben von Thomas Rauschenbach und Stefan Borrmann
↗ HEITMEYER, WOLFGANG / OLK, THOMAS (1990): Individualisierung von Jugend: gesellschaftliche Prozesse, subjektive Verarbeitungsformen, jugendpolitische Konsequenzen. Weinheim/München
↗ HURRELMANN, KLAUS (2010): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim
↗ KRONAUER, MARTIN (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main/New York
↗ OLK, THOMAS (1985). Jugend und gesellschaftliche Differenzierung – Zur Entstrukturierung der Jugendphase. In: Heid, Helmut / Klafki, Wolfgang (Hrsg.): Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit. Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft 19. Weinheim/Basel, S. 290–301
↗ RAITHELHUBER, EBERHARD (2011). Übergänge und Agency. Eine sozialtheoretische Reflexion des Lebenslaufkonzepts. Opladen
↗ SCHRÖER, WOLFGANG (2004): Befreiung aus dem Moratorium? Zur Entgrenzung von Jugend. In: Lenz, Karl / Schefold, Werner / Schröer, Wolfgang: Entgrenzte Lebensbewältigung. Jugend, Geschlecht und Jugendhilfe. Weinheim/München, S. 19–74
↗ SCHRÖER, WOLFGANG (2013): Entgrenzung, Übergänge, Bewältigung. In: Schröer, Wolfgang / Stauber, Barbara / Walther, Andreas / Böhnisch, Lothar / Lenz, Karl (Hrsg.): Handbuch Übergänge. Weinheim/Basel, S. 64–79
↗ STAUBER, BARBARA / WALTHER, ANDREAS (2013): Junge Erwachsene – eine Lebenslage des Übergangs? In: Schröer, Wolfgang / Stauber, Barbara / Walther, Andreas / Böhnisch, Lothar / Lenz, Karl (Hrsg.): Handbuch Übergänge. Weinheim/Basel, S. 270–290
↗ WALTHER, ANDREAS / STAUBER, BARBARA (2013): Übergänge im Lebenslauf. In: Schröer, Wolfgang / Stauber, Barbara / Walther, Andreas / Böhnisch, Lothar / Lenz, Karl (Hrsg.): Handbuch Übergänge. Weinheim/Basel, S. 23–43

Exklusion – der ewige Stachel der Kinder- und Jugendhilfe

In der Kinder- und Jugendhilfe wird das Phänomen der Exklusion seit jeher intensiv diskutiert. Das hat allerdings bisher nicht dazu geführt, dass die eigene Praxis unter der Perspektive von Exklusionsprozessen und -mechanismen systematisch erforscht worden wäre. Wenn es um die empirische Überprüfung von Exklusion im Kontext der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe geht, gibt es kaum aussagekräftige Studien.

Von Christian Lüders

Sollte jemand auf die Idee kommen, eine Hitliste der Dauerthemen der Fachdiskurse in der Kinder- und Jugendhilfe aufzustellen – das Thema Exklusion einschließlich seiner begrifflichen Verwandten und Vorgänger hätte alle Chancen, ganz oben zu landen. Dabei sind zwei Bezugspunkte von Bedeutung: Zum einen verstand sich die Kinder- und Jugendhilfe ebenso wie die Soziale Arbeit und Sozialpädagogik von Anfang an als sozialpolitisch engagierte, kritische Instanz gegenüber allen Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung. Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Spaltungen sowie mit allen Formen von Armut und sozialer Benachteiligung sind identitätsstiftende Momente des professionellen Selbstverständnisses.

Zum anderen enthält die Auseinandersetzung mit Fragen der Exklusion auch eine reflexive Komponente, die sich auf das eigene Praxisfeld und das eigene Handeln bezieht. Wirksam wird dabei ein im Fachdiskurs und dem professionellen »Common Sense« der Kinder- und Jugendhilfe beziehungsweise der Sozialpädagogik und Sozialarbeit tief verankertes, dual angelegtes Deutungsmuster mit eindeutigen Prioritäten: Einerseits ist Exklusion von Übel und in jedem Fall zu vermeiden, hat man es doch meist mit Adressatinnen und Adressaten zu tun, deren Lebenslagen ohnehin als verletzlich und prekär, also von Exklusion mindestens bedroht, zu charakterisieren sind. Andererseits ist alles, was inkludierend wirkt und damit auch gesellschaftliche Teilhabechancen eröffnet, zu begrüßen und zu fördern.

Die Wahrnehmung für die ausgrenzenden Effekte sind fein ausgeprägt – auch wenn sie mitunter zu kuriosen Sprachgebilden führen. Wer beispielsweise die schwurbeligen Debatten und das Ringen um korrekte Ausdrucksweisen erlebt hat, weil anderenfalls Stigmatisierungen und ihre vermeintlich weitreichenden ausgrenzenden Folgen drohen würden, erhält eine Ahnung von der Mächtigkeit dieses Diskurses und den Ängsten, wider den eigenen Anspruch dennoch ausgrenzend zu wirken. Eine Formulierung wie »verhaltensoriginelle junge Menschen« ist nur ein Beispiel dafür. Selbst Begriffe wie »junge

»Die Beschäftigung mit Exklusionsprozessen in der Kinder-und Jugendhilfe basiert mehr auf einem schlechten Gewissen, das vor allem durch theoretische Reflexionen und durch das Professionswissen erzeugt wird, und weniger auf empirisch belastbaren Aussagen.«

Menschen mit Migrationshintergrund« – auch keine elegante Wortschöpfung – geraten unter diesen Bedingungen unter den Verdacht, Exklusion zu unterstützen.

Auf der gesellschaftstheoretischen Ebene findet dieses dual angelegte Weltbild seinen Widerhall in zahlreichen Analysen zum Wandel des Wohlfahrtsstaates. Die entsprechenden Zeitdiagnosen fokussieren dabei immer wieder auf sich abzeichnende oder gar nachweisbare Exklusionsprozesse – zum Beispiel im Kontext der Schule, des Übergangssystems, des Arbeitsmarkts oder der wohlfahrtsstaatlichen Leistungssysteme. Ziel ist, die veränderten gesellschaftlichen Erwartungen an und Handlungslogiken von Sozialer Arbeit zu reflektieren und konzeptionelle, professionspolitische und gegebenenfalls praktische Alternativen auszuloten.

Auf der Ebene der Fachpraxis entspricht diesen Reflexionen das ständige Bemühen, Strategien der Ansprache und Zugänge zu den »schwer erreichbaren« Adressatinnen und Adressaten zu erproben und umzusetzen. Seit dem Achten Jugendbericht, mit dem das Konzept der Lebensweltorientierung begründet wurde, sind vor allem Begriffe wie Öffnung, Niedrigschwelligkeit, zugehende, aufsuchende und milieunahe Angebote, Diversity-Sensibilität und Inklusion in der Diskussion (Deutscher Bundestag 1990). Daran lässt sich eine bemerkenswerte kontinuierliche thematische Weiterentwicklung der Fachpraxis ablesen.

Staatliche Unterstützungsleistungen können soziale Ungleichheit verfestigen

Angesichts dieser – zumindest im Kern – berechtigten vielfältigen Anstrengungen ist es dann aber doch überraschend, dass neben sozialpolitischer Gegenwartsdiagnose, Theoriediskursen und Praxisentwicklungen die empirische Forschung in diesem Kontext eine vergleichsweise marginale Rolle spielt. Zwar finden sich immer wieder verstreute Einzelstudien, aber eine systematische, empirisch belastbare Analyse exkludierender Effekte sucht man vergebens. Das gilt sowohl auf der Ebene des Systems der Kinder- und Jugendhilfe als auch in den einzelnen Praxisfeldern. Gerade dort, wo konkrete Unterstützungsangebote zum Alltag gehören, wäre eine empirische Überprüfung der Exklusionsverläufe seit Langem geboten. Auf eine schlichte Formel gebracht: Die Beschäftigung mit Exklusionsprozessen in der Kinder-und Jugendhilfe basiert mehr auf einem schlechten Gewissen, das vor allem durch theoretische Reflexionen und durch das Professionswissen erzeugt wird, und weniger auf empirisch belastbaren Aussagen.

Um nicht missverstanden werden: Der Verweis auf die unzureichende empirische Basis dient nicht dazu, das Problem und die damit einhergehenden Herausforderungen aus der Welt zu schaffen. Nicht umsonst hat kürzlich der 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung angemerkt, dass es neben verschiedenen Formen herkunftsbedingter sozialer Ungleichheit auch institutionell erzeugte Formen sozialer Ungleichheit gibt (Deutscher Bundestag 2013). Entgegen den guten Absichten und den sozialpolitischen Ambitionen betont der Bericht, »dass die Ausweitung öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen keineswegs im Selbstlauf zu einer Kompensation dieser herkunftsbedingten Benachteiligungen führt«. Vielmehr würden die Analysen des Berichtes darauf hinweisen, »dass öffentliche Angebote, Leistungen und Institutionen selbst zur Perpetuierung sozialer Ungleichheit beitragen (können)« (ebd., S. 365). Diese Einschätzung gilt auch für die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Die Sachverständigenkommission hat ihre Kritik im 14. Kinder- und Jugendbericht sehr zurückhaltend formuliert – auch wenn an anderer Stelle von der unbeabsichtigten »Verstärkung sozialer Ungleichheit« (ebd., S. 99) die Rede ist –, weil belastbare empirische Analysen fehlen.

Natürlich könnte man ausgiebig darüber diskutieren, welche Gründe für diese empirische Enthaltsamkeit verantwortlich sind. Viel wichtiger ist es jedoch, sich der Herausforderung zu stellen und empirisch gehaltvolle Forschung auf den Weg zu bringen. Dabei geht es nicht darum, der Kinder- und Jugendhilfe Versagen vorzuwerfen, sondern die eigene Reflexion empirisch anzureichern, möglicherweise auch ein wenig zu versachlichen.

Damit ergäbe sich auch die Chance, das zu akzeptieren, was man schon wissen könnte: Nämlich, dass jedes institutionelle Setting, jede Arbeitsform und jedes Verfahren Differenzen und angesichts unvermeidlich knapper zeitlicher, sachlicher und personeller Ressourcen Exklusion erzeugt. Exklusion wäre dann nicht mehr nur das zu vermeidende und ausgeschlossene Andere des professionellen Selbstverständnisses, sondern die zu gestaltende fachliche theoretische wie praktische Herausforderung, die in ihrer konkreten Umsetzung sowie in ihren Folgen für die Betroffenen empirisch beschreibbar wäre. ×

DER AUTOR

Dr. Christian Lüders leitet die Abteilung »Jugend und Jugendhilfe« des Deutschen Jugendinstituts. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die Adressatinnen und Adressaten, Institutionen und Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe, Evaluation und Theorien pädagogischen Wissens sowie Wissenschaftsforschung.
Kontakt: lueders@dji.de

LITERATUR

↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder-und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin. Im Internet verfügbar unter: www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=196138.html (Zugriff 17.01.2014)

↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (1990): Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe – Achter Jugendbericht. Deutscher Bundestag. Drucksache 11/6576 vom 06.03.1990. Bonn. Im Internet verfügbar unter: www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/kjb/data/download/8_Jugendbericht_gesamt.pdf (Zugriff: 17.01.2014)

Jugend als Problem

Jugendstudien konzentrieren sich vielfach auf die Risiken des Aufwachsens. Die Jugendforschung hat dabei die gesellschaftlichen Bedingungen ebenso wenig im Blick wie die Diskussion über Benachteiligung und Normabweichung. Beide Dimensionen sind jedoch notwendig, um aus den Ergebnissen sinnvolle politische und pädagogische Folgerungen abzuleiten.

Von Nicolle Pfaff

Das Verhältnis von Jugend und Gesellschaft gehört seit jeher zu den zentralen Feldern der Jugendforschung. So interessiert sich die sozialwissenschaftliche Jugendforschung besonders dafür, unter welchen Bedingungen Jugendliche aufwachsen, wie ihre Teilhabechancen im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder im gesellschaftspolitischen Feld sind und wie sie zur Gesellschaft stehen. Jugend wird dabei entweder als Vorreiterin einer optimistisch gedachten gesellschaftlichen Entwicklung oder als Risikofaktor für den Erhalt der sozialen Ordnung verstanden.

Dass seit Längerem eher eine Wahrnehmung von Jugend als Problemgruppe dominiert, zeigt die auffällige Häufung von Studien zur sozialen Integration wechselnder Gruppen von Jugendlichen seit den 1990er-Jahren. Standen zunächst die Heranwachsenden im Osten Deutschlands im Zentrum (im Sinne einer Metaanalyse dieser Studien Schubart/Speck 2006), bilden aktuell die Nachkommen von Zuwanderinnen und Zuwanderern einen Schwerpunkt der Jugendforschung (kritisch zur dabei eingenommenen Perspektive Geisen 2007). Untersucht werden jugendkulturelle Stile, politische Einstellungen, Bil-

»Die Jugendforschung leistet mit der andauernden und dominanten Thematisierung von Jugend als Risiko einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Konstruktion als sozialem Problem.«

dungswege und Zukunftssichten, Formen des Engagements oder Gewaltverhalten. Integration meint hier, kurz gesagt, die Anpassung der Jugend an die Gesellschaft.

Dies zeigt sich auch in jüngeren Forschungsschwerpunkten der Jugendforschung in Deutschland. So thematisierten Studien zur politischen Sozialisation in den 1990er-Jahren die politischen Einstellungen, die »Politikverdrossenheit«, den politischen Extremismus oder das Gewaltverhalten von Jugendlichen (zum Beispiel Heitmeyer 1995; Hoffmann-Lange 1995). Ein zentrales Ergebnis dieser Arbeiten bestand in der Benennung von Risikofaktoren: So gelten seither ein geringer Bildungsstand beziehungsweise Bildungsmisserfolg, soziale Deprivation (beispielsweise Ausgrenzung, Isolation oder Vereinsamung), Armut und spezifische Peerkonstellationen als Bedingungen abweichenden Verhaltens.

Jugendstudien bedienen öffentliche Diskurse

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch aktuelle Studien zu gesundheitsgefährdendem Verhalten von Jugendlichen, die die Ursachen des Suchtverhaltens, der psychischen Belastungen oder des selbstgefährdenden Verhaltens untersuchten (Hurrelmann u.a. 2003; Niekrenz/Ganguin 2010). Mühelos zu ergänzen wäre hier derzeit ein weiterer Forschungsstrang: Unter Stichworten wie Bildungsbenachteiligung, Bildungsarmut oder Bildungsferne wird die Exklusion Heranwachsender im System der institutionalisierten Bildung und auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. Im Blickpunkt stehen wiederum Kinder und Jugendliche, deren Eltern nur geringe Bildungsqualifikationen vorweisen können oder Zuwanderinnen und Zuwanderer sind; die dabei offensichtlich werdenden Teilhaberisiken werden gern als mangelnde Nutzung gesellschaftlicher Potenziale interpretiert.

Alle drei Forschungstraditionen beziehen sich auf einen übereinstimmenden sozialwissenschaftlichen und öffentlichen Diskurszusammenhang: Zunehmende Risiken des Aufwachsens und die Notwendigkeit, höhere Qualifikationen zu erlangen, werden mit Hinweisen auf gesellschaftliche Veränderungen begründet. Diese scheinbar übergeordneten gesellschaftlichen Interessen werden gestützt durch die Finanzierung und politische Nutzung empirischer Studien. So werden in den jeweils vorherrschenden Feldern der Jugendforschung die Exklusionsrisiken ausgewählter sozialer Gruppen untersucht. Die realisierten Studien nehmen dabei affirmativ Bezug auf öffentliche Problematisierungen jugendlichen Verhaltens und legen umfassende Bestandsaufnahmen zu einzelnen Phänomenen jugendlichen (Er-)Lebens und Aufwachsens vor. Doch welche theoretischen Innovationen und welche bildungs- und sozialpolitischen Impulse erbringen diese breit angelegten Forschungsprogramme?

Konzeptionelle Ankerpunkte der Jugendforschung, wie die Theorien der Sozialisation und der Identitätsentwicklung, werden schon seit Längerem infrage gestellt (siehe zum Beispiel Junge 2004). Zugleich mangelt es an systematischen Anknüpfungspunkten, um gesellschaftlichen Wandel und Umbrüche theoretisch in die Jugendforschung einzubeziehen (Riegel u.a. 2010). Die gestiegenen sozialen Unsicherheiten werden in vielen Analysen eher verkündet als systematisch zum Gegenstand der Forschung gemacht. Die daraus bislang formulierten jugendtheoretischen Annahmen sind begrenzt. Die notwendige systematische Aufarbeitung der Ergebnisse empirischer Analysen zum Verhältnis von Jugend und Gesellschaft bleibt – ohne Verständigung über zentrale gemeinsame Begriffssysteme – schwierig.

Unsicherheit ist zugleich der vorherrschende Modus des politischen Umgangs mit Jugend. Seit über einem Jahrhundert setzt sich die anhaltende Pädagogisierung des Jugendalters ungebremst fort. Bildungsgutscheine, Ganztagsschulen wie auch die zunehmende »Verschulung« der offenen Jugendarbeit sind nur einige aktuelle Tendenzen in diesem Bereich. Kurzum: Die Jugendforschung leistet mit der andauernden und dominanten Thematisierung von Jugend als Risiko einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Konstruktion als sozialem Problem. Die Forschung zu prekären Bedingungen des Aufwachsens und normabweichenden Verhaltensweisen gerät so zur Erfüllungsgehilfin von Bemühungen um eine Anpassung jugendlichen Verhaltens, wobei hier vor allem die Perspektive auf die Nützlichkeit und die gesellschaftliche Verwertbarkeit der Kompetenzen Heranwachsender eingenommen wird.

Notwendigkeit neuer Forschungsfragen zum Verhältnis von Jugend und Gesellschaft

Theoretisch aufschlussreicher wie auch sozialpolitisch reflexiver wären gleichwohl zwei grundlegende Perspektiven auf die gesellschaftliche Inklusion und Exklusion von Jugend. Das wären zum einen die aktuell weitgehend unbeantworteten Fragen

des Verhältnisses von Jugend und Gesellschaft: Wie haben sich Bedingungen des Aufwachsens in den vergangenen Jahrzehnten verändert? Welche Auswirkungen hat dies auf der Ebene jugendlichen Erlebens und Handelns? Wie verändern sich Generationenverhältnisse vor dem Hintergrund des demografischen Wandels? Welche strukturellen Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten kennzeichnen die Jugendphase in unterschiedlichen Weltregionen? Antworten auf diese Fragen könnten dazu beitragen, anspruchsvolle theoretische Konzepte zum Aufwachsen in der Gegenwartsgesellschaft zu entwickeln. Sie würden uns auch dazu befähigen, die Folgen jugend- und bildungspolitischer Maßnahmen einzuschätzen.

Zum anderen müsste es darum gehen, Modi beziehungsweise Mechanismen der Teilhabe und des Ausschlusses aufzudecken. Dabei wäre zum Beispiel zu fragen, wie aus manchen Kindern und Jugendlichen angepasste Schülerinnen und Schüler werden und andere sich den schulischen Verhaltens- und Leistungserwartungen verweigern. Es wäre zu untersuchen, welche biografische Bedeutung formelle Bildung im Verhältnis zu informellen Lernprozessen hat, welche Bildungsräume neben Schule und Ausbildung bestehen und wie Jugendliche Bildungsprozesse außerhalb von Institutionen gestalten. Interessant wären hier auch Fragen zu strukturellen Benachteiligungen, die erklären, wie unterschiedliche Lebenslagen bei Jugendlichen entstehen: Wer erscheint aus der Perspektive der Forschung, der Öffentlichkeit und der pädagogischen Professionellen als benachteiligt? Welche Bedeutung haben diese Konstruktionen für die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen? Wie beziehen sich die als benachteiligt beschriebenen Jugendlichen selbst auf diese Darstellungen und welche Bewältigungsformen entwickeln sie?

Dabei könnte nicht zuletzt auch die Jugendforschung selbst zum Forschungsgegenstand werden. Den Beitrag einzelner Forschungslinien zu gesellschaftlichen Bildern von Jugend aufzuklären, kann dazu anregen, blinde Flecken der Jugendforschung sichtbar zu machen und ihre gesellschaftliche und nicht zuletzt politische Bedeutung zu klären. ×

DIE AUTORIN

Prof. Dr. Nicolle Pfaff ist seit 2012 Professorin in der AG Migrations- und Ungleichheitsforschung der Fakultät für Bildungswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Bildungsbezogene Ungleichheitsforschung, Jugendforschung, Schulforschung, Qualitative Forschungsmethoden und Methodentriangulation.
Kontakt: nicolle.pfaff@uni-due.de

LITERATUR

↗ GEISEN, THOMAS (2007): Der Blick der Forschung auf Jugendliche mit Migrationshintergrund. In: Geisen, Thomas / Riegel, Christine (Hrsg.): Jugend, Zugehörigkeit und Migration: Subjektpositionierung im Kontext von Jugendkultur, Ethnizitäts- und Geschlechterkonstruktionen. Wiesbaden, S. 27–60
↗ HEITMEYER, WILHELM (Hrsg.; 1995): Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Weinheim/München
↗ HOFFMANN-LANGE, URSULA (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen 1995
↗ HURRELMANN, KLAUS / KLOCKE, ANDREAS / MELZER, WOLFGANG / RAVENS-SIEBERER, ULRIKE (Hrsg.; 2003). Jugendgesundheitssurvey. Internationale Vergleichsstudie im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation WHO. Weinheim
↗ NIEKRENZ, YVONNE / GANGUIN, SONJA (Hrsg.; 2010). Jugend und Rausch. Interdisziplinäre Zugänge und Jugendliche Erfahrungswelten. Weinheim/München
↗ RIEGEL, CHRISTINE / SCHERR, ALBERT / STAUBER, BARBARA (Hrsg.; 2010): Transdisziplinäre Jugendforschung. Grundlagen und Konzepte. Wiesbaden
↗ SCHUBARTH, WILFRIED / SPECK, KARSTEN (2006): Jugend Ost – kein Thema mehr für die Jugendforschung? Ergebnisse einer Jugend- und Expertenstudie zur »Jugend und Jugendforschung in Ostdeutschland«. In: Ittel, Angela u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Jugendforschung 6. Wiesbaden, S. 225–254

Der steinige Weg
von der Schule in den Beruf

Nach dem Schulabschluss einen Job zu finden, ist für viele Jugendliche mit frustrierenden Erfahrungen verbunden. Mit Unterstützungsangeboten fällt ihnen der Übergang von der Schule in den Beruf leichter.

Von Frank Tillmann

Die Beendigung der Schule bedeutet für viele Jugendliche einen institutionellen Abschied. Der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben gelingt oft nur mit zahlreichen zu überwindenden Hindernissen, da die Aufnahme einer Berufsausbildung für viele Jugendliche mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Startbedingungen in das Berufsleben sind auch dadurch schwieriger geworden, dass die Anschlussmöglichkeiten für Jugendliche unübersichtlicher geworden und mit vielen Unwägbarkeiten behaftet sind.

An diesem Übergang sind junge Menschen besonderen Exklusionsrisiken ausgesetzt (Hillmert 2004). Schulabsolventinnen und -absolventen schlagen unterschiedliche Wege ein: aka-

demische, beruflich qualifizierende oder auch prekäre. Großen Einfluss haben dabei Faktoren der sozialen, regionalen und ethnischen Herkunft, die Bildungsvoraussetzungen und nicht zuletzt das Geschlecht. Für einen erfolgreichen Übergang ist die individuelle Motivation besonders wichtig, wobei strukturelle Ungleichheiten reproduziert werden. Letztere äußern sich beispielsweise durch ein niedrigeres Anspruchsniveau von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Schichten im Hinblick auf die eigenen beruflichen Ziele (Walther/Walter/Pohl 2007). Angesichts sinkender Absolventenzahlen richten sich die gesellschaftlichen Erwartungen an Jugendliche dabei darauf, im späteren Erwerbsleben qualifizierte Tätigkeiten übernehmen zu können (Heidemann 2012).

Zwar hat sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt konjunktur- und demografiebedingt gegenüber den Vorjahren für viele Jugendliche verbessert, dennoch finden immer noch nicht alle Suchenden einen Ausbildungsplatz. Nach wie vor ist die Zahl der Jugendlichen groß, die Ersatzangebote des Übergangsbereichs wahrnehmen (zum Beispiel Berufsvorbereitungsmaßnahmen). 2011 begannen rund 294.000 Jugendliche und junge Erwachsen eine Maßnahme im Übergangsbereich. Dies entspricht nahezu einem Drittel der Neuzugänge im beruflichen Bildungssystem (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012). Anhand von Ergebnissen aus DJI-Längsschnittuntersuchungen wie den Lokalen Panels (unter anderem in Stuttgart, München und Leipzig) und dem DJI-Übergangspanel, kann jedoch auch konstatiert werden, dass etwa einem guten Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Berufsvorbereitungskursen aus Hauptschulbildungsgängen – vor allem bei gleichzeitigem Erwerb von weiteren Bildungsabschlüssen – im Anschluss an eine solche Maßnahme die Aufnahme einer Berufsausbildung gelingt.

> Der Anteil junger Menschen, die in Deutschland keine Berufsbildung abschließen, liegt bei circa 15 Prozent.

Viele Umwege und Zwischenstationen auf dem Weg zum Arbeitsplatz

Für die Bewältigung der beschriebenen Übergangsrisiken werden die Jugendlichen heute vielfach selbst verantwortlich gemacht. Ein solcher Vorwurf geht davon aus, dass alle Jugendlichen die gleichen Ressourcen zur Verfügung hätten, diese aber nicht angemessen für ihren Bildungserfolg einsetzen (Skrobanek u.a. 2010). Für diejenigen aber, die nur in geringerem Maße über die erforderlichen Ressourcen verfügen, bedeutet eine solche Individualisierung von Risiken zumeist eine Verschlechterung ihrer sozialen Teilhabechancen (Hurrelmann 2010). Diese geringe Ressourcenausstattung erschwert es vielen Jugendlichen, ihre Lebenspläne, -ziele und -vorstellungen zu verwirklichen. In der Regel müssen sie vermehrt Umwege, Schleifen und Zwischenstationen in Kauf nehmen (Lex/Zimmermann 2011).

Nach wie vor ist zu beobachten, dass ein Großteil von Jugendlichen die Ausbildung vorzeitig beendet. Die Zahl der gelösten Ausbildungsverträge ist mit 23 Prozent in den letzten Jahren sogar noch einmal leicht gestiegen (BIBB 2012). Befunde aus dem DJI-Übergangspanel belegen, dass etwa ein Viertel der Jugendlichen aus Hauptschulbildungsgängen in prekäre Übergangsverlaufe gerät. Das heißt: Hier gibt es fragmentierte Übergänge von der Schule in den Beruf, die über eine Reihe von Zwischenschritten in die Erwerbslosigkeit oder bestenfalls in eine Ungelerntentätigkeit führen (Reißig u.a. 2008). Zu den am Übergang besonders Benachteiligten gehören sogenannte »Drop-out-Jugendliche«, die sich nicht in Bildungsinstitutionen oder Erwerbsarbeit befinden, die aber auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben oder diese nicht beantragen möchten. Bei diesen ausgeschlossenen jungen Menschen, die etwa ein Prozent der 15- bis 27-Jährigen ausmachen (also bundesweit circa 80.000 junge Menschen), kann von einer stetigen gesellschaftlichen Marginalisierung gesprochen werden (Tillmann/Gehne 2012).

Insgesamt liegt der Anteil junger Menschen, die in Deutschland keine Berufsbildung abschließen, unverändert bei circa 15 Prozent (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012). Verglichen mit den Berufsqualifizierungsquoten der östlichen Nachbarländer ist dies ein recht hoher Wert: In Polen liegt die Quote bei 13 Prozent und in Tschechien sogar nur bei 9 Prozent (OECD 2010).

Einflussreiche Kriterien der Benachteiligung am Übergang von der Schule in den Beruf sind darüber hinaus das Geschlecht sowie die ethnische und soziale Herkunft (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012; BiBB 2012; Solga 2005). Im Hinblick auf die hier als marginalisiert bezeichnete Teilgruppe junger Menschen am »Übergang« kann im Rückgriff auf die Einschätzungen von Praktikerinnen und Praktikern der Jugendsozialarbeit und der Jobcenter im Bereich der unter 25-Jährigen gesagt werden, dass vorrangig schlechte Bildungsvoraussetzungen und Suchtverhalten die wesentlichen Einflussfaktoren sind. Hinzu kommen bei einem Teil der Jugendlichen noch andere Faktoren, auf die sie selbst keinen Einfluss haben, die aber dennoch eine zentrale Rolle spielen – etwa eine fehlende Aufenthaltserlaubnis oder Konflikte im Elternhaus (Tillmann/Gehne 2012). Versucht man die institutionellen

Faktoren solcher drastischen Drop-out-Phänomene zu erfassen, so sind es besonders Arbeitslosigkeit und die hierzulande gegenüber unter 25-Jährigen besonders restriktive Sanktionierungspraxis nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) durch Jobcenter oder Arbeitsagenturen, die ein Herausfallen aus sämtlichen institutionellen Unterstützungskontexten befördern (ebd.).

Nachholende Berufsqualifizierung zahlt sich aus

Ein erhöhtes Risiko der Erwerbslosigkeit besteht vor allem für junge Menschen ohne Berufsabschluss. Nach dem Verlassen der Schule haben die Jugendlichen in der Regel ein Gelegenheitsfenster von sechs Jahren, um eine Berufsausbildung zu beginnen (Mögling u.a. 2012). Dabei erweisen sich insbesondere langanhaltende Erwerbsepisoden in einer Ungelerntentätigkeit als Barriere einer nachholenden Berufsqualifikation, da offensichtlich weder dem Arbeitgeber noch dem Arbeitnehmer eine Änderung aus dem Status der Beschäftigung als Ungelernter attraktiv erscheint. Erfahren Jugendliche allerdings gute Unterstützung im sozialen Nahraum (durch Eltern, Freundinnen und Freunde, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter oder Pädagoginnen und Pädagogen in Bildungsinstitutionen) und bringen ihrerseits eine gewisse Risikobereitschaft mit, nehmen diese eher die Möglichkeiten einer Nachqualifizierung wahr – auch wenn es zunächst noch ungewiss bleibt, ob sich die Anstrengung auch auszahlt (ebd.).

Bereits aus der ersten explorativen DJI-Untersuchung »Verlorene Jugendliche am Übergang Schule-Beruf« zum Drop-out beim Übergang von der Schule in den Beruf wurde sichtbar, dass Jugendliche die SGB II-umsetzenden Institutionen und die dortigen Unterstützungsleistungen meist als wenig hilfreich empfinden (Skrobanek u.a. 2010). Dies deckt sich mit der Wahrnehmung durch die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit, welche gar vielfach von herabsetzender Behandlung der Jugendlichen sprechen. Viele Jugendliche seien ohne Begleitung einer Fachkraft kaum noch zum Besuch der Jobcenter bereit (Tillmann/Gehne 2012). Die Jugendhilfe mit ihren Angeboten wird von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen demgegenüber zumeist als anwaltschaftliche Vertretung ihrer Interessen gesehen. Hier müssen die Einrichtungen der Jugendhilfe insbesondere Beziehungsarbeit anbieten, da viele der Jugendlichen bereits eine Reihe familiärer Beziehungsabbrüche erfahren mussten. Allerdings schlagen sie bevorzugt solche Bewältigungsstrategien ihrer prekären Lebenssituation ein, bei denen sie möglichst wenig auf die Hilfe anderer angewiesen sind: häufig beispielsweise durch eine Betätigung in der Schattenwirtschaft – zum Beispiel Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Drogenhandel oder Prostitution (ebd.).

Am Übergang von der Schule in den Beruf sind Jugendliche in ihrer biografischen Entwicklung besonders verletzbar. Ob ihnen der Übergang gelingt, hängt maßgeblich auch von institutionellen Bedingungen ab, die sie kaum oder gar nicht beeinflussen können. Für die Re-Integration in die Erwerbsgesellschaft erweist sich die aktuelle Sanktionspraxis im SGB II-Bereich für unter 25-Jährige als besonders kontraproduktiv. An dieser Stelle wird deutlich, dass es zunächst eigener Anstrengungen und Aktivitäten der Jugendlichen bedarf, um die Unterstützungsressourcen der Sozialbürokratie in Anspruch nehmen zu können. Und die Sozialbürokratie müsste über besondere kontextsensitive Hilfemaßnahmen nachdenken. ×

DER AUTOR

Frank Tillmann arbeitet seit 2010 als wissenschaftlicher Referent im Forschungsschwerpunkt »Übergänge im Jugendalter« des DJI und war Leiter des von 2011 bis 2012 im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (KJS) durchgeführten Forschungsprojekts zur »Situation ausgegrenzter Jugendlicher«.
Kontakt: tillmann@dji.de

LITERATUR

↗ AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2012): Bildung in Deutschland. Bielefeld
↗ BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (2012): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Bonn
↗ EUROPÄISCHE KOMMISSION (2010): Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Brüssel
↗ HEIDEMANN, WINFRIED (2012): Zukünftiger Qualifikations- und Fachkräftebedarf – Handlungsfelder und Handlungsmöglichkeiten. Düsseldorf
↗ HILLMERT, STEFFEN (2004): Berufseinstieg in Krisenzeiten. In: Hillmert, Steffen / Karl Ulrich Mayer (Hrsg.): Geboren 1964 und 1971. Wiesbaden
↗ HURRELMANN, KLAUS (2010): Lebensphase Jugend. Weinheim/München
↗ LEX, TILLY / ZIMMERMANN, JULIA (2011): Wege in Ausbildung. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Heft 4, S. 603–627
↗ MÖGLING, TATJANA / TILLMANN, FRANK / LEX, TILLY (2012): Umwege in die Ausbildung. München/Halle (Saale)
↗ OECD (2010): Education at a Glance 2010. Paris
↗ REIßIG, BIRGIT / GAUPP, NORA / LEX, TILLY (2008): Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in Arbeitsleben. München
↗ SKROBANEK, JAN / MÖGLING, TATJANA / TILLMANN, FRANK (2010): Verlorene Jugendliche am Übergang Schule-Beruf. In: Aspekt Jugendsozialarbeit; Nr. 67, Jugendsozialarbeit im Kontext von Jugendarmut und Ausgrenzung, S. 41–64
↗ SOLGA, HEIKE (2005): Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Opladen
↗ TILLMANN, FRANK / GEHNE, CARSTEN (2012): Situation ausgegrenzter Jugendlicher. Düsseldorf
↗ WALTHER, ANDREAS / WALTER, SIBYLLE / POHL, AXEL (2007): »Du wirst echt in eine Schublade gesteckt …«. In: Stauber, Barbara / Pohl, Axel / Walther, Andreas (Hrsg.): Subjektorientierte Übergangsforschung. Weinheim/München, S. 97–127

»Talente jenseits von Zeugnissen«

Viele Jugendliche schaffen keinen reibungslosen Übergang von der Schule ins Berufsleben. Sie sind besonders gefährdet, arm oder sozial ausgegrenzt zu werden. Ein Interview mit Regina Kraushaar, Leiterin der Abteilung »Kinder und Jugend« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), über die Probleme junger Menschen und die Herausforderung, sie zu unterstützen

DJI Impulse: **Frau Kraushaar, in einer Reihe europäischer Staaten leiden Jugendliche unter fehlenden Perspektiven und Arbeitslosigkeit. Viele junge Menschen bleiben auch nach ihrem Schulabschluss für längere Zeit auf staatliche Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angewiesen. Wie ist die Lage für Jugendliche in Deutschland?**

Regina Kraushaar: Der Berufsbildungsbericht 2013 der Bundesregierung attestiert Deutschland eine grundsätzlich gute Arbeitsmarktlage für junge Menschen, gerade auch im europäischen Vergleich. Die Jugendarbeitslosenquote ist in Deutschland aktuell mit 6,5 Prozent, in Ostdeutschland mit 9,7 Prozent, deutlich niedriger als in den meisten anderen europäischen Ländern. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Jugendlichen, die nach der Schule nicht direkt einen Ausbildungsplatz erhalten, in den letzten Jahren kontinuierlich ab. Bei einer relativ stabilen Zahl von etwa 260.000 jungen Menschen, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung und Beschäftigung nicht gelingt, ist jeder und jede von ihnen einer zu viel. Viele Jugendliche haben einen ganz spezifischen Förderbedarf. Dann eine angemessene Berufsvorbereitung und Ausbildungschance zu finden, wird schwieriger.

> »Der Übergang in Ausbildung ist nicht allein eine Frage des Arbeitsmarktes.«

DJI Impulse: **Welche Folgen hat dieser schwierige Start ins Arbeitsleben für die Schülerinnen und Schüler?**

Kraushaar: Eine Folge davon ist, dass sie für sich selbst keine Perspektive sehen. Ihnen ist bewusst, dass sie deutlich schlechtere Karrierechancen haben als Gleichaltrige mit besseren Abschlüssen und einem guten Zugang zum Netzwerk auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Solch eine Bilanz in jungen Jahren muss man erst einmal verkraften. Aber auch die volkswirtschaftlichen Konsequenzen sind gravierend: einerseits wegen der erforderlichen Transferleistungen und andererseits wegen der fehlenden Wertschöpfung durch diese jungen Menschen. Das Risiko, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen zu werden, ist für diese Jugendlichen besonders hoch, gerade in Ostdeutschland. Rund 24 Prozent der geringqualifizierten Jugendlichen in den neuen Bundesländern sind von Armut bedroht. In den alten Bundesländern sind es mit etwa 14 Prozent deutlich weniger.

DJI Impulse: **Was sind die Gründe dafür, dass Ostdeutschland so große Probleme damit hat, Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu bieten, so dass viele von ihnen in andere Regionen abwandern?**

Kraushaar: Viele Regionen in Ostdeutschland, insbesondere die im ländlichen Raum, haben sich seit der Wiedervereinigung gesellschaftlich und ökonomisch stark verändert. In den 1990er-Jahren gab es einen massiven Geburteneinbruch in Ostdeutschland. Gleichzeitig verließen junge und qualifizierte Menschen die in vielerlei Hinsicht »schwächelnden« Regionen Ostdeutschlands, um im Westen Deutschlands Ausbildung, Arbeit und Zukunft zu finden. Im Übrigen war diese Wanderbewegung auch deshalb so beängstigend, weil sie überwiegend junge, gut ausgebildete Frauen betraf. Diese Situation hat sich allerdings in den letzten Jahren etwas verbessert: Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stellte fest, dass ostdeutsche Jugendliche im Jahr 2012 nicht mehr so oft und nicht mehr so weit pendeln mussten, um einen Ausbildungsplatz zu finden, wie noch vor wenigen Jahren. Von einer generellen Abwanderungstendenz junger Menschen aus Ostdeutschland kann also zum Glück nicht mehr die Rede sein. Besorgniserregend ist allerdings das sogenannte Passungsproblem: Betriebe haben immer häufiger Schwierigkeiten, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Gleichzeitig steigt in den letzten Jahren die Zahl derjenigen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Die Anforderungen der Betriebe und die Fähigkeiten, die die Jugendlichen mitbringen, passen nicht zusammen. Das ist aber in Westdeutschland nicht anders als in Ostdeutschland. ›

ZUR PERSON

Regina Kraushaar ist seit 2012 Leiterin der Abteilung »Kinder und Jugend« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

DJI Impulse: **Welche Jugendlichen sind besonders gefährdet, in berufsvorbereitenden Bildungsangeboten – dem so genannten Übergangssystem – stecken zu bleiben?**
Kraushaar: Die Chance, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, hängt laut Berufsbildungsbericht 2013 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von verschiedenen Faktoren ab. Je länger der Zeitpunkt des Schulabschlusses zurückliegt, je schlechter das Abschlusszeugnis ausgefallen ist und je älter die Bewerberinnen und Bewerber sind, desto geringer sind die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Auch hier gibt es im Übrigen keine Ost-West-Unterschiede. Am häufigsten verbleiben Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss oder einem niedrigeren Schulabschluss und ausländische Jugendliche im Übergangssystem. Das zeigt, dass der Übergang in Ausbildung nicht allein eine Frage des Arbeitsmarktes ist: Bei einer bestimmten Gruppe junger Menschen behindern individuelle Beeinträchtigungen und soziale Benachteiligung den Eintritt in das Erwerbsleben. Das kann nur durch gezielte Förderung ausgeglichen werden.

DJI Impulse: **Welche Art von Unterstützung können Politik und Wirtschaft diesen Jugendlichen anbieten, damit sie doch noch eine Ausbildungsstelle finden?**
Kraushaar: Erlauben Sie mir vorab noch eine Bemerkung: Viele junge Menschen, die solche massiven Schwierigkeiten haben, vermissen schmerzlich das Interesse und die Unterstützung durch die eigenen Eltern und die Familie. Das heißt für mich auch, dass Angebote die Familie mit im Blick haben sollten, auch wenn die jungen Leute schon volljährig sind. Natürlich gibt es bereits vielfältige Aktivitäten der Bundesregierung und der Wirtschaft, um diese Jugendlichen für eine Ausbildung zu gewinnen. Seit 2011 erproben beispielsweise die »Wirtschaftsjunioren Deutschland« – ein Bündnis von mehr als 10.000 jungen Führungskräften, die auf ehrbares Unternehmertum setzen – die Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendsozialarbeit. Sie setzen auf lokaler Ebene in ganz Deutschland praxisnahe und sogenannte niedrigschwellige Maßnahmen für junge benachteiligte Menschen am Übergang von Schule und Beruf um. Neben festen Modulen wie etwa »Ein Tag Azubi« oder »Offenes Unternehmen« werden im Rahmen des Bausteins »Freestyle« auch neue, innovative Projekte erprobt. Dazu zählen vor allem Aktivitäten, die auf eher unkonventionellem Weg einen Zugang zum Thema berufliche Integration vermitteln: zum Beispiel durch den Besuch eines Museums, den Dreh von Kurzfilmen über Berufe, den Bau eines Segelboots oder Klassik- und Sportprojekte. Die Jugendlichen werden dadurch angeregt, sich kreativ mit ihrer beruflichen Zukunft auseinanderzusetzen und erste Schritte in Richtung Arbeitswelt zu gehen. Den Unternehmerinnen und Unternehmern bietet das Projekt die Chance, junge Menschen mit besonderem Förderbedarf kennenzulernen und ihre Talente jenseits von Zeugnissen zu entdecken. Denn das ist doch auch eine oft übersehene Tatsache: Diese Jugendlichen haben eine Menge Talente, die in ihnen stecken und die entdeckt und nutzbar gemacht werden müssen! Es gibt eben auch eine Welt jenseits der Zeugnisse, und es freut mich, dass man sich in diesem Projekt darauf einlässt. Für viele ostdeutsche Regionen ist das Vorhaben darüber hinaus besonders wichtig, weil zukünftige Fachkräfte in der Region gehalten werden können.

DJI Impulse: **Welche politischen Maßnahmen plant ihr Ministerium, um Jugendlichen einen optimistischeren Blick auf die Zukunft zu verschaffen?**
Kraushaar: Das BMFSFJ fördert mit den Modellprogrammen der Initiative »JUGEND STÄRKEN« die schulische, berufliche und soziale Integration junger Menschen. Im Vordergrund steht dabei eine individuelle sozialpädagogische Begleitung auf der Basis von § 13 SGB VIII. Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist dabei ein wichtiges Förderinstrument. In der aktuellen Förderperiode 2008 – 2013 konnten durch die vielfältigen ESF-Programme wie »Schulverweigerung – Die 2. Chance«, »Kompetenzagenturen« und »JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region« und »STÄRKEN vor Ort« mehr als 360.000 junge Menschen erreicht werden, davon über 124.000 in den neuen Bundesländern. Die Programme waren so erfolgreich, dass wir auch in der kommenden ESF-Förderperiode 2014 – 2020 für diese jungen Menschen weitermachen. Ein neues Modellprogramm »JUGEND STÄRKEN im Quartier« wird unter Federführung der Kommunen gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgelegt. ×

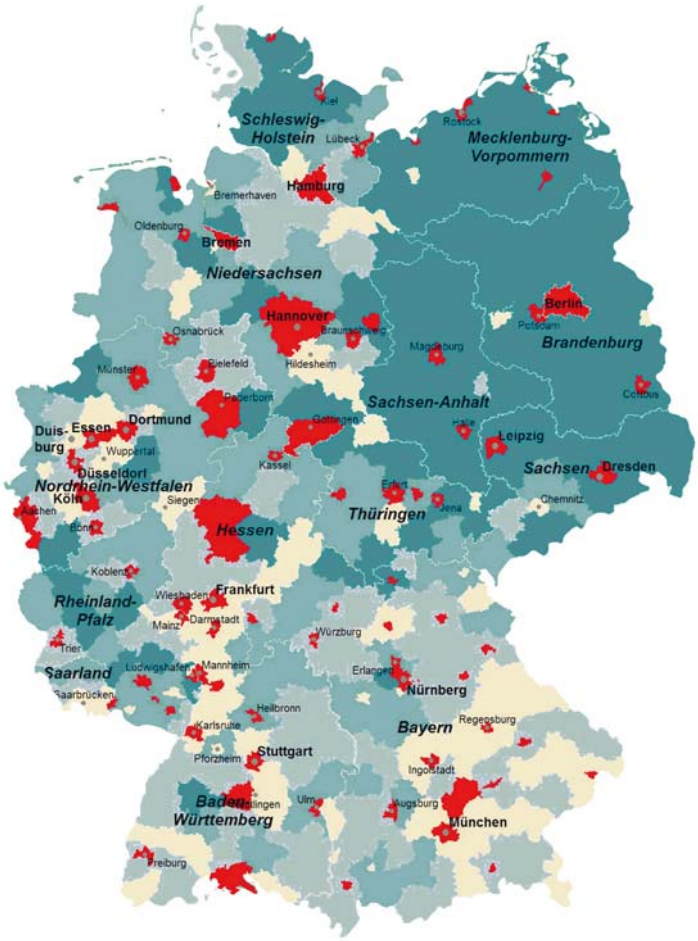
Interview: Benjamin Klaußner

Jugendliche auf dem Land: abgehängt und ausgegrenzt?

Seit der Wiedervereinigung ist die Abwanderung von jungen Menschen vor allem in den ostdeutschen Ländern ein Problem. Aber auch in vielen ländlichen Regionen Westdeutschlands werden Jugendliche immer mehr zu einer Minderheit und aufgrund ihres Wohnorts beim Zugang zu Bildung, Freizeit und Mobilität oft benachteiligt. Politische Konzepte müssen darauf abzielen, Jugendlichen auch in entlegenen ländlichen Regionen Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Von Sarah Beierle

Strukturschwäche, Abwanderung, Alterung: Seit den 1990er-Jahren wurden diese Begriffe vor allem mit Ostdeutschland in Verbindung gebracht. In der Tat hat es sich bei der Konzentration von demografischen und den damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen lange um ein »Phänomen Ost« gehandelt. Ein genauerer Blick auf die regionalen Entwicklungen zeigt jedoch, dass inzwischen auch viele westdeutsche ländliche Regionen vor ähnlichen demografischen Herausforderungen stehen (Maretzke/Weiss 2009). Die Geburtenraten sind niedrig und insbesondere junge Menschen verlassen Dörfer und Kleinstädte, um in wirtschaftlich prosperierende Metropolen zu ziehen (siehe Abbildung, S. 18). Dies hat zur Folge, dass sich die Altersstruktur in ländlichen Räumen deutlich verschiebt – Jugendliche und junge Erwachsene werden zunehmend zu einer Minderheit. Aus diesen Gründen gewinnt die Fragestellung, wie die im Grundgesetz festgelegte »Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse« (Artikel 72, Absatz 2) für junge Menschen dauerhaft gewährleistet und ausgestaltet werden kann, an gesamtdeutscher Bedeutung. ›



Bildungswanderung von Jugendlichen in Deutschland im Jahr 2010

Datengrundlage: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder

Die Karte zeigt den Wanderungssaldo von Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren je 1.000 Einwohner in dieser Altersgruppe. Aufgrund der Alterseingrenzung wird angenommen, dass die Umzüge auf der Basis von Bildungsentscheidungen getroffen werden. Die rot markierten Gebiete sind von einem starken Zuzug junger Menschen geprägt (es sind 13 junge Menschen und mehr zugezogen als weggegangen). Hierbei handelt es sich vorrangig um Hochschulstandorte sowie Großstädte mit einem wirtschaftlich leistungsstarken Umland. Ein hoher negativer Wanderungssaldo (grün markiert) zeigt sich sowohl in ostdeutschen Landkreisen, als auch im übrigen Bundesgebiet.

- bis zu -39,8
- zwischen -39,8 und -27,2
- zwischen -27,2 und -16,7
- zwischen -16,7 und +13,0
- +13,0 und mehr

Quelle: BBSR Bonn 2012

Das Jugendalter gilt als eine Lebensphase, in der die Entwicklung und der Erwerb von Kompetenzen, die Herausbildung von Identität und die Befähigung zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben im Mittelpunkt stehen (Hurrelmann/Quenzel 2012). Damit verbunden ist die Tatsache, dass Erfahrungen zunehmend außerhalb des Elternhauses und zusammen mit Gleichaltrigen erworben werden. In einer ländlichen Region aufzuwachsen, bedeutet für viele junge Menschen beim Zugang zu den verschiedensten Beteiligungskontexten (zum Beispiel Ausbildung, Arbeit oder Freizeit) gegenüber großstädtischen Räumen benachteiligt zu sein.

Schülerinnen und Schüler aus ländlichen Regionen verbringen bis zu zwei Stunden täglich im Schulbus. Das wirkt sich natürlich auch auf ihre Freizeitgestaltung aus. Die Beteiligungsmöglichkeiten in Vereinen oder in der Jugendarbeit sind deutlich eingeschränkt und häufig mit weiteren Fahrzeiten verbunden. Ebenso sind Kinos oder Geschäfte – also Orte, an denen sich Jugendliche fernab von pädagogisierten Kontexten treffen können – schlecht oder nicht erreichbar (siehe hierzu auch Schubarth 2007). Ein vermehrter Austausch mit Freundinnen und Freunden im Internet als Konsequenz der »weiten Wege« ist noch nicht ausreichend erforscht. Abgesehen davon, dass es in ländlichen Räumen oftmals noch immer an einer Internet-Breitbandversorgung mangelt, zeigen empirische Jugendstudien, dass Online-Communities – wie zum Beispiel Facebook – reale Freundschaftsnetzwerke nur ergänzen, das Interesse an persönlichen Treffen aber weiterhin unvermindert vorhanden ist (Bitcom 2011).

Spätestens mit Beendigung der Schule müssen Jugendliche über ihren zukünftigen Wohnort nachdenken. Die Entscheidung für einen Umzug ist dabei mit den beruflichen Zukunftsperspektiven verknüpft, die sie in ihrer Heimatregion nur schwer realisieren können. Für die Dagebliebenen kommt zu den erwähnten eingeschränkten Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe hinzu, dass diese insbesondere im Osten durch die Abwanderung von gutgebildeten jungen Frauen als »ungebildeter Rest« stigmatisiert werden. Neuere Untersuchungen weisen darauf hin, dass es sich hierbei – bezogen auf Bildungsaspirationen und Lebensorientierungen – durchaus um eine heterogene Gruppe handelt, deren (vorläufige) Entscheidungen für das Dableiben in der Region von den unterschiedlichsten Motiven geprägt ist (Beetz 2009; Speck/Schubarth/Pilarczyk 2009).

Mittlerweile ist in Ostdeutschland auch die Bereitschaft zur Rückwanderung festzustellen, wenngleich auf niedrigem Niveau. Allerdings bezieht sich diese mehr auf den städtischen als auf den ländlichen Raum. Für die Entscheidung, in ländliche Regionen zurückzukehren spielen nicht nur berufliche Perspektiven, sondern auch eine gute Infrastruktur sowie Bildungs- und Freizeitangebote im Kinder- und Jugendbereich eine wichtige Rolle. Erst vor diesem Hintergrund können sich viele Rückwanderungswillige die Gründung einer Familie auf dem Land vorstellen (Neu 2009).

Zur territorialen Ungleichheit kommt oft noch eine soziale hinzu

Die territoriale Ungleichheit – also die Benachteiligung aufgrund des Wohnortes – verschärft sich sogar, wenn andere soziale Ungleichheiten hinzukommen (Neu 2006). So ist die Freizeitgestaltung oder die Erreichbarkeit von (Bildungs-) Institutionen teuer und die Jugendlichen müssen dafür mobil

sein. Werden die jungen Menschen durch Erwachsene unterstützt – etwa dadurch, dass Eltern ihre Kinder zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten fahren, ihnen ein Auto zur Verfügung stellen oder ein Mofa kaufen –, sind diese in ihren Freizeitmöglichkeiten deutlich besser gestellt als Jugendliche, die diese Unterstützung nicht erhalten (Neu 2006).

In der aktuellen Demografie-Debatte in Wissenschaft, Politik und Medien ist eine starke Fokussierung auf ältere Menschen und deren Wünsche festzustellen. Jedoch werden in einigen peripheren Landkreisen, die bereits seit Längerem mit demografischen Herausforderungen konfrontiert sind, teils in Eigeninitiative, teils mit Unterstützung von Bundesprogrammen, Projekte durchgeführt, die Jugendliche vor Ort unterstützen und einbinden.

Beispiele dafür sind vergünstigte Bus- oder Taxifahrten und Mitfahr-Konzepte, wodurch jungen Menschen das sichere Erreichen von Vereinen, Diskotheken oder des Freundeskreises ermöglicht wird. Um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit die Kontaktaufnahme zu jungen Menschen zu erleichtern, werden zunehmend mobile Konzepte erarbeitet, wodurch die Jugendlichen vor Ort aufgesucht werden können. Auch sind vielerorts Kooperationen zwischen Schulen und der Jugend(verbands)arbeit entstanden. Damit sollen möglichst viele Jugendliche den Zugang zu kreativen oder sportlichen Angeboten an ihrer Schule erhalten – dem Ort, an dem sie sich ohnehin täglich aufhalten. Darüber hinaus gibt es Initiativen, die Heranwachsende als eigenständige Akteure ihres Lebensraumes annehmen und ihnen die Möglichkeit zum Mitentscheiden geben – etwa in Fragen der Dorfgestaltung. So können sie über authentische und eigenverantwortliche Partizipationsstrukturen ihr Lebensumfeld mitbestimmen und sich sehr viel stärker mit der Region identifizieren.

Eine wichtige Rolle spielen darüber hinaus auch Bestrebungen, Schülerinnen und Schüler trotz der eingeschränkten Schullandschaft bestmöglich zu qualifizieren. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Vernetzung von Schulen, Betrieben und lokaler Verwaltung, um gemeinsam alle Absolventinnen und Absolventen stärker mit den Bildungs- und Ausbildungsangeboten der Region vertraut zu machen. Ein Verbleib oder eine Rückkehr in die Region wird durch Konzepte der Familienfreundlichkeit angestrebt. Hier werden unter anderem Aspekte des Ganztagsbetreuungangebots von Kindern oder die Vermittlung von günstigem Bauland thematisiert. Bei allen diesen Maßnahmen werden die Vorzüge des Aufwachsens im ländlichen Raum betont, beispielsweise die Einbindung in kleine Nachbarschaften oder die Nähe zur Natur.

Um der territorialen Ungleichheit politisch entgegenzuwirken, bedarf es einer sensiblen und jugendgerechten Demografiepolitik. Eine solche Demografiestrategie sollte vor allem das Ziel haben, die Lebensqualität von Heranwachsenden in ländlichen Regionen zu steigern und Wege zu finden, dass der Zugang zu Bildung und Freizeit nicht vorwiegend von der Unterstützung der Familie abhängig ist. Hierzu müssen erfolgreiche Konzepte im Jugendbereich aufgegriffen und auf ihre Übertragbarkeit auf andere Regionen überprüft werden. Grundlegend dabei ist, dass die Jugendlichen selbst in diese strategischen Überlegungen eingebunden werden. Nur bei der Berücksichtigung der besonderen regionalen Interessen und Bedürfnisse können lebensnahe Konzepte entwickelt werden, die wirklich angenommen werden und Wirkung zeigen. Die Steigerung der Lebensqualität sollte dann dazu führen, dass sich junge Menschen zu gegebener Zeit individuell und frei von Exklusionsbefürchtungen dafür entscheiden können, zu gehen, zu bleiben, zurückzukehren oder eine Region neu zu entdecken. ×

DJI-Projekt »Jugend im Blick«

Im Projekt »Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen« der DJI-Außenstelle in Halle werden in drei westdeutschen und fünf ostdeutschen peripheren ländlichen Landkreisen Experteninterviews mit lokalen Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft geführt. Die Perspektive der Jugendlichen wird über die qualitative Methode der Gruppendiskussionen erhoben. Projektbegleitend finden Workshops mit jugendpolitischen Akteuren der Kommunal-, Landes- und Bundesebene statt, um auf Basis der empirischen Erkenntnisse in einem diskursiven Prozess strategische Handlungsoptionen zu erarbeiten. Das Projekt wird durch das Bundesministerium des Inneren gefördert.

DIE AUTORIN

Sarah Beierle ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt »Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen« in der DJI-Außenstelle Halle.
Kontakt: beierle@dji.de

LITERATUR

↗ BEETZ, STEPHAN (2009): Analyse zum Entscheidungsprozess Jugendlicher zwischen »Bleiben und Gehen«. In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten (Hrsg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Weinheim, S. 135–151

↗ BITCOM (2011): Jugend 2.0. Eine repräsentative Untersuchung zum Internetverhalten von 10- bis 18-Jährigen. Berlin

↗ HURRELMANN, KLAUS / QUENZEL, GUDRUN (2012): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim

↗ MARETZKE, STEFFEN / WEISS, WOLFGANG (2009): Demografische Herausforderungen ländlichster Räume. In: Maretzke, Steffen: Ländliche Räume im demografischen Wandel. BBSR-Online-Publikation, Nr. 34, S. 33–45

↗ NEU, CLAUDIA (2009): Der Abbau von sozialer und kultureller Infrastruktur und die Folgen für Kinder und Jugendliche. In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten (Hrsg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Weinheim. S. 193–205

↗ NEU, CLAUDIA (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Ländlicher Raum. Aus Politik und Zeitgeschichte 37, S. 8–15

↗ SCHUBARTH, WILFRIED (2007): Bildung im ländlichen Raum: Probleme und Perspektiven des demografischen Wandels. In: Beetz, Stefan (Hrsg.): Die Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Materialiennummer 14. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 61–67

↗ SPECK, KARSTEN / SCHUBARTH, WILFRIED / PILARCZYK, ULRIKE (2009): Biografische Analysen zu »Gehen oder Bleiben« bei Jugendlichen In: Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten (Hrsg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Weinheim, S. 153–171

Mehr Partizipation wagen

Aus Projekten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ziehen oft diejenigen Jugendlichen einen besonderen Nutzen, die sich bereits gesellschaftlich engagieren. Das Ziel der »sozialen Integration« erreichen die Projekte nur dann, wenn weniger engagierte Mädchen und Jungen stärker beteiligt werden.

Von Ursula Bischoff, Frank König und Eva Zimmermann

Maßnahmen zur pädagogischen Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bei Jugendlichen sind in Deutschland nichts Neues. Förderprogramme des Bundes und der Länder zu diesem Thema gibt es bereits seit mehr als zehn Jahren. An der Evaluation von vier Bundesprogrammen waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle Halle des Deutschen Jugendinstituts (DJI) beteiligt. Neu ist in den letzten Jahren, dass die Perspektive der Adressatinnen und Adressaten der Präventionsarbeit und die Effekte pädagogischer Programme stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Damit verbindet sich die Frage, inwieweit die Zielgruppe die Maßnahmen akzeptiert und davon profitiert.

Vor dem Hintergrund aktueller Debatten und Forschungsergebnisse zum politischen und gesellschaftlichen Engagement von Jugendlichen (zum Beispiel die »Shell Jugendstudie 2010« oder die Zusatzerhebung »Engagement 2.0« der DJI-Studie »Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten« AID:A) interessieren die Fachpraxis, die Politik und die Forschung darüber hinaus, inwieweit es gelingt, junge Menschen zu erreichen, die

kaum gesellschaftlich aktiv sind und die als weniger bildungsorientiert gelten. Ungeachtet aller Bemühungen, junge Menschen für ein gesellschaftliches Engagement zu begeistern, wird der Demokratiepädagogik oft vorgeworfen, vor allem bildungsaffine Heranwachsende zu erreichen, die ohnehin zu den gesellschaftlich und sozial Aktiven zählen.

Etwa die Hälfte der Kinder und Jugendlichen gibt an, in ihrer Freizeit im gesellschaftlichen, politischen oder sozialen Bereich aktiv zu sein.

Zu den Fragen der Akzeptanz und des Nutzens von Präventionsprojekten begann das DJI 2011 eine Studie mit bundesweit über 2.000 Jugendlichen, die in sogenannten Lokalen Aktionsplänen (LAP) im Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« an pädagogischen Einzelmaßnahmen teilgenommen hatten. LAP sind vor Ort ausgearbeitete Konzepte von Kommunen und Akteuren der Zivilgesellschaft (etwa Kirchen), die darauf abzielen, tolerantes und demokratisches Denken und Verhalten vor allem bei Jugendlichen zu fördern. Die Untersuchung von Projekten in LAP ist besonders interessant, weil sie als kommunale Strategien zur Demokratieförderung konzipiert sind und deshalb der pädagogischen Arbeit mit kaum oder nicht engagierten Kindern und Jugendlichen eine besondere Aufmerksamkeit schenken (sollten). Diese Absicht zeigt sich auch darin, dass etwa zwei Drittel der erfassten Projekte das Ziel der »sozialen Integration« ihrer Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten.

Jugendliche lernen, Probleme besser zu lösen

Seit dem Start der schriftlichen Befragung wurden die Rückmeldungen von rund 2.200 Heranwachsenden in mehr als 200 Projekten ausgewertet. 90 Prozent der Befragten waren zwischen 12 und 19 Jahre alt, das Geschlechterverhältnis war nahezu ausgewogen. Etwa die Hälfte der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen (52 Prozent) gab an, in ihrer Freizeit im gesellschaftlichen, politischen oder sozialen Bereich aktiv zu sein.

Diese Zahl entspricht dem Anteil der gesellschaftlich aktiven Jugendlichen, die auch die AID:A-Zusatzerhebung »Jugendliche Aktivitäten im Wandel. Gesellschaftliche Beteiligung und Engagement in Zeiten des Web 2.0« bestätigt (Begemann/Bröring/Sass 2011, S. 16). In der Auswertung zeigte sich, dass die Projekte bei den meisten Teilnehmenden einen Erkenntniszuwachs bewirkten. 85 Prozent der Heranwachsenden gaben an, etwas Neues gelernt zu haben. Rund zwei Drittel hatten das Gefühl, nicht nur ihre Handlungs- und Problemlösungsfähigkeiten verbessert zu haben, sondern das erarbeitete Wissen und die erworbenen Fertigkeiten auch unmittelbar im Alltag anwenden zu können. Die Zufriedenheit mit den Projektinhalten und der Projektdurchführung bewerteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf einer sechsstufigen Notenskala im Durchschnitt mit »gut« (2,0). Drei Viertel von ihnen würden die besuchte Veranstaltung weiterempfehlen.

Ein Großteil der untersuchten Projekte wurde von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt und fand an der Schnittstelle von schulischer und außerschulischer Pädagogik statt. Daher ist es interessant, die Frage zu klären, wie sich die Bewertungskategorie »Partizipation« im Urteil der Teilnehmenden widerspiegeln würde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden unter anderem gefragt, ob sie freiwillig an dem Projekt teilgenommen hatten, wie sie in die Auswahl und Vorbereitung eingebunden wurden und ob die Projektdurchführenden auf die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen eingegangen waren.

Rund 60 Prozent der Befragten bestätigten diesen letzten Punkt – etwa wenn in einem Projekt zum Thema Antisemitismus der palästinensische Migrationshintergrund von teilnehmenden Mädchen und Jungen und damit verbunden der Nahost-Konflikt thematisiert wurde – und vergaben für die Durchführung der Projekte im Mittel die Schulnote 1,8. Heranwachsende, die den Eindruck hatten, dass ihre Wünsche keine angemessene Berücksichtigung fanden, benoteten die Projektumsetzung mit 2,4 deutlich schlechter.

Entsprechende Unterschiede zeigten sich auch in Bezug auf den wahrgenommenen Lernerfolg: Diejenigen Jugendlichen, die ihre Wünsche und Bedürfnisse bei der Durchführung der Projekte berücksichtigt sahen, bewerteten ihren subjektiven Wissens- und Kompetenzzuwachs deutlich höher als diejenigen, die den Eindruck hatten, dass kaum auf ihre Bedürfnisse eingegangen worden war. Die Unterschiede zwischen gesellschaftlich oder sozial aktiven beziehungsweise nicht-aktiven Heranwachsenden hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit den Projekten und ihres Lernerfolgs sind moderater, aber ebenfalls statistisch bedeutsam: Jugendliche, die in ihrer Freizeit gesellschaftlich aktiv sind, bewerteten sowohl die Maßnahmen als auch ihren Lernerfolg besser als nicht-aktive. ›

Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Zufriedenheit mit den Projekten und der subjektiv empfundene Lernerfolg der Jugendlichen besonders von zwei Faktoren abhängen: erstens von der Möglichkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, das Projekt mitzugestalten (Bewertungskategorie »Partizipation«: Wurde auf die Wünsche der Jugendlichen eingegangen?); und zweitens davon, ob sie schon »gesellschaftlich aktiv/engagiert« waren (Jugendliche, die sich sowieso schon gesellschaftlich engagierten, bewerteten die Projekte positiver).

Im Vergleich beider Faktoren zeigte sich allerdings, dass der »Berücksichtigung von Wünschen und Bedürfnissen« ein höheres Gewicht zukommt als dem gesellschaftlichen Engagement und damit indirekt der Bildungsorientierung der Jugendlichen (Solga/Dombrowski 2009): Es spielt zwar eine Rolle, ob Jugendliche schon gesellschaftlich aktiv (und damit in der Regel bildungszugewandter) sind, aber es ist nicht der Haupteinflussfaktor auf den Lernerfolg der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Für die pädagogische Praxis ergibt sich daraus der Hinweis, dass Partizipation möglicherweise eine gewisse kompensatorische Funktion gegenüber dem Faktor »Engagement« (und damit Bildung) haben kann.

> Eine »Sonder«-Pädagogik, die ausschließlich auf benachteiligte Kinder und Jugendliche zielt, sollte möglichst die Ausnahme sein.

Höhere Beteiligung bedeutet größeren Lernerfolg

Für die Gestaltung demokratiepädagogischer Angebote, die insbesondere bildungsferne, gesellschaftlich wenig aktive Jugendliche nicht nur erreichen, sondern auch integrieren wollen, sind demnach drei Herausforderungen zu meistern: Erstens gilt es, an die Interessen, Fragen und Probleme der Kinder und Jugendlichen anzuknüpfen, um sie für Bildungsprozesse zu motivieren (»Subjekt- und Handlungsorientierung«). Zweitens sind Rahmenbedingungen notwendig, die es erlauben, pädagogische Beziehungen aufzubauen, die von gegenseitiger Akzeptanz geprägt sind – etwa in Bezug auf eine gewisse zeitliche, inhaltliche und methodische Offenheit (Erben/Schlottau/Waldmann 2012). Drittens sollte eine »Sonder«-Pädagogik, die ausschließlich auf benachteiligte Kinder und Jugendliche zielt, möglichst die Ausnahme sein. Im Interesse von Perspektivenerweiterung und sozialer Integration geht es darum, Brücken zwischen den Lebenswelten von gesellschaftlich aktiven und nicht-aktiven Heranwachsenden zu schlagen (»Inklusionsorientierung«).

Dies verweist auf die Potenziale des Handlungsraums Schule, der durch den derzeitigen Trend zur Ganztagsbildung noch einmal zusätzliches Gewicht erhält. Die Aufgabe der pädagogischen Fachkräfte besteht dabei darin, Demokratielernen unter der Bedingung von heterogenen Bildungsvoraussetzungen der Heranwachsenden zu gestalten. Ein zentraler und immer wieder neu einzufordernder Gestaltungsfaktor ist dabei, so die Ergebnisse der DJI-Studie, die pädagogische Praxis teilhabeorientiert auszurichten. »Inklusion durch Partizipation« (Merkel/Petring 2012) verlangt von den Projekten, die lebensweltlichen Erfahrungskontexte, Fähigkeiten sowie Interessen der Kinder und Jugendlichen direkt aufzunehmen und ihnen Gelegenheiten zu geben, ihre milieubedingten Weltsichten erweitern zu können (Holzbrecher 2008).

Dabei geht es zum einen darum, entsprechende »Lernlandschaften« zu gestalten, in denen beispielsweise Ansätze des »Peer-Lernens« oder des »Service-Learning«, bei dem gesellschaftliches Engagement von Schülerinnen und Schülern mit dem Unterrichtsstoff verknüpft wird, verwirklicht werden. Zum anderen stehen die pädagogischen Fachkräfte vor der Aufgabe, ihre Kompetenzen im Umgang mit Heterogenität stetig weiterzuentwickeln. ×

DIE AUTORINNEN, DER AUTOR

Dr. Ursula Bischoff und **Eva Zimmermann** sind wissenschaftliche Referentinnen, **Frank König** ist wissenschaftlicher Referent in der Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung« der DJI-Außenstelle Halle (Saale) und dort in der Evaluation des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN« tätig.
Kontakt: bischoff@dji.de, ezimmermann@dji.de, fkoenig@dji.de

LITERATUR

↗ BEGEMANN, MAIK-CARSTEN / BRÖRING, MANFRED / SASS, ERICH (2011): Eine Studie über neue Formen des Engagements. In: Jugendpolitik, Heft 1, S. 16–21

↗ ERBEN, FRIEDRUN / SCHLOTTAU, HEIKE / WALDMANN, KLAUS (Hrsg.; 2012): »Wir haben was zu sagen!« Politische Bildung mit sozial benachteiligten Jugendlichen. Schwalbach/Ts.

↗ HOLZBRECHER, ALFRED (2008): Handlungsfelder im Umgang mit Heterogenität. In: Seminar, Heft 4, S. 6–11

↗ MERKEL, WOLFGANG / PETRING, ALEXANDER (2012): Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Wiesbaden, S. 93–119

↗ SHELL 2010 (2010): Im Internet verfügbar unter www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study/2010.html (Zugriff: 12.11.2013)

↗ SOLGA, HEIKE / DOMBROWSKI, ROSINE (2009): Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 171. Düsseldorf

Bilder des »fundamental Anderen«: Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland

Muslime erfahren von vielen Menschen Ablehnung – auch dann, wenn sie schon in zweiter oder dritter Generation in Deutschland leben. Ihre Religion wird auch von Nicht-Muslimen der politischen Mitte oft gleichgesetzt mit Rückständigkeit und Terrorgefahr. Die Ursprünge dieser Negativbilder liegen zum Teil Jahrhunderte zurück – spezifische pädagogische Strategien gegen Islamfeindlichkeit und gegen die Ausgrenzung von Muslimen sind meist noch in der Erprobungsphase.

Von Susanne Johansson

Negativbilder von der islamischen Religion und von Muslimen sind in Deutschland auch in der politischen Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Viele einheimische und zugewanderte Nicht-Muslime nehmen Muslime als »fremd« wahr, selbst dann, wenn es sich bei ihnen um Migrantinnen und Migranten der zweiten oder dritten Generation mit einem deutschen Pass handelt. Dies belegen verschiedene aktuelle Untersuchungen (Asbrock u.a. 2009; Decker/Kiess/Brähler 2012; Brettfeld/Wetzels 2007). Was sind die Wurzeln dieses problematischen Phänomens, und welche (sozialpsychologischen) Prozesse werden hier wirksam?

Bilder über »den Islam« oder »die Muslime«, die als »fremd und fundamental anders« wahrgenommen werden, existieren seit Langem. Sie erfuhren im Lauf der Zeit Veränderungen, die zumindest oberflächlich betrachtet zu sehr gegensätzlichen Bildern führten. Angstgefühle vor einem »Islam auf dem Vormarsch« sowie Bilder eines gewalttätigen, aggressiven und expandierenden Islam sind Teil alter europäischer Wahrnehmungen. Sie hängen zusammen mit machtpolitischen Bedrohungen etwa zur Zeit der islamischen Expansion im 7. Jahrhundert oder der Türkenbelagerungen Wiens im 16. und 17. Jahrhundert (Naumann 2010). Mit dem Rückzug der Osmanen und der europäischen Expansion veränderten sich die Bilder des Islam und der Muslime und nahmen verstärkt abschätzige Züge an. Zugleich entwickelten sich im 18. und 19. Jahrhundert exotische, verklärt-romantische und verzerrte Bilder über einen märchenhaften Orient: In der Orient-Malerei wiederholten sich Darstellungen türkischer Bäder und Haremsszenen (Pinn/Wehner 1995). ›

Diese Stereotypen werden zum Teil bis heute bedient, etwa in der Literatur oder in der Reisewerbung. Gleichzeitig existieren dezidierte Negativbilder: Entworfen wird ein unaufgeklärter, repressiver, Traditionen verhafteter, Frauen verhüllender sowie gewalttätiger oder terroristischer Islam als Gegenbild zu westlicher Freiheit, Demokratie, Aufklärung und Zivilisiertheit. Es ist zu vermuten, dass diese Bilder in historischen Feindbildern wurzeln beziehungsweise diese reaktivieren.

Islam- und Muslimfeindlichkeit ist weiter verbreitet als Fremdenfeindlichkeit

Studien, die die Einstellung der Menschen gegenüber Muslimen untersuchen, zeigen, dass negative Denkweisen gegenüber »dem Islam« in Deutschland weiter verbreitet sind als Fremdenfeindlichkeit. Die Untersuchung »Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland« (Decker/Kiess/Brähler 2012) konstatiert für das Jahr 2012 Zustimmungswerte von rund 36 Prozent zu negativen islambezogenen Aussagen (im Vergleich: 25 Prozent fremdenfeindliche Haltungen). Einzelne Aussagen wie zum Beispiel »Die islamische Welt ist rückständig und verweigert sich den neuen Realitäten« erfahren Zustimmungswerte zwischen 45 und 60 Prozent (ebd. S. 39; S. 92). Entsprechende Argumentationsmuster reichen bis in das etablierte politische Spektrum hinein und werden auch von Personen des öffentlichen Lebens vergleichsweise offen vertreten. Es gibt Hinweise darauf, dass ältere Erwachsene gegenüber dem Islam und Muslimen negativer eingestellt sind als jüngere Befragte. Aber auch junge Muslime können in ihrem Freundeskreis von Zurückweisung und Vorurteilen betroffen sein (Zick/Küpper/Hövermann 2011; Brettfeld/Wetzels 2007).

Der Religionssoziologe José Casanova benennt auf der Basis einer Bündelung von Studienergebnissen fünf »nährende Wurzeln« von heutigen Negativbildern des Islam: erstens Fremdenfeindlichkeit, die sich übergreifend gegen Einwanderung und (auch nicht-muslimische) Einwandernde richtet. Zweitens eine konservative Verteidigung christlicher Kultur und Zivilisation (zum Beispiel durch die Betonung einer deutschen, als christlich definierten Leitkultur). Drittens ein antireligiöser Impuls, der Religionen als solche ablehnt oder sich dagegen wehrt, dass Religionen neue Kraft gewinnen. Die vierte »Wurzel« zentriert sich um emanzipatorische Errungenschaften wie die Gleichberechtigung von Frauen, stellt also Geschlechterrollen und die Situation von Frauen in den Mittelpunkt der Kritik. Die fünfte beinhaltet die Furcht vor islamistischen Terrornetzwerken und Anschlägen (Casanova 2009, S. 27).

Islam- und muslimfeindliche Einstellungen müssen sich nicht zwangsläufig auf der Verhaltensebene niederschlagen. Sie können jedoch diskriminierendes Verhalten motivieren oder zur vermeintlichen Legitimation von Exklusion und Diskriminierung herangezogen werden, etwa auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt (Peucker 2010). Ergebnisse aus der Diskriminierungsforschung sowie aus der Befragung von Muslimen liefern Hinweise darauf, dass Muslime höheren Risiken einer Benachteiligung ausgesetzt sind beziehungsweise häufiger eine Diskriminierung wahrnehmen als nicht-muslimische Migrantinnen und Migranten (ebd.; Brettfeld/Wetzels 2007).

Die Wissenschaft strebt eine sachlichere Diskussion an

In den letzten Jahren bemühten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Negativbilder des Islam differenziert zu beschreiben und begrifflich einzuordnen, etwa durch die Unterscheidung zwischen einer universalistischen, auf Gleichheit und Freiheit ausgerichteten »Religions- beziehungsweise Islamkritik« und einer kulturalistisch-rassistischen »Islamfeindlich-

»In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass rechtspopulistische Akteure gezielt an islam- und muslimfeindlichen Ressentiments ansetzen – und letztere für ihre politischen Positionen instrumentalisieren.«

keit« (Decker/Kiess/Brähler 2012, S. 86). Die Differenzierung dient einer versachlichten Diskussion, ist jedoch ohne Kenntnis der jeweiligen Motivationen nicht immer trennscharf vorzunehmen: »Mitunter werden Islamkritiker als ›Islamfeinde‹ diffamiert, mitunter stellen sich tatsächliche Muslimenfeinde selbst als Islamkritiker dar, mitunter deuten Muslime alle Kritik als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, mitunter ignorieren Islamkritiker die bedenkliche Schlagseite ihrer Argumentation« (Pfahl-Traughber 2011, S. 67).

Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterscheiden darüber hinaus zwischen kritischen Einschätzungen, die sich auf den Islam als Religion beziehen, sowie Ressentiments und Kritik, die an Muslime als Individuen oder Gruppe adressiert werden: Eine Ablehnung des Islam durch einen Atheisten gehe nicht notwendigerweise mit negativen Haltungen gegenüber Muslimen oder gar ihrer Diskriminierung einher (ebd.).

Der Blick auf die Historie, die Veränderungen im Kontext (macht)politischer Verschiebungen und gesellschaftlicher Entwicklungen sowie die beschriebenen inhaltlichen Dimensionen lassen vermuten, dass stereotype Bilder über »den Islam« oder »die Muslime« auch ein Produkt europäischer Erfindung sind. Sie sind im besten Fall »nur« stereotyp-vereinfachend – in anderen Fällen motivieren sie diskriminierendes, ausgrenzendes und gewalttätiges Verhalten. Neben der notwendigen Kritik an Missständen und der Auseinandersetzung mit problematischen Erscheinungen, die es zweifelslos auch in der muslimischen Welt und unter Muslimen gibt (Flores 2011), ist es daher wichtig, genau hinzuhören, Islam- und Muslimfeindlichkeit sensibel wahrzunehmen und ihr präventiv und intervenierend zu begegnen.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass rechtspopulistische beziehungsweise rechtsextreme Akteure gezielt an islam- und muslimfeindlichen Ressentiments ansetzen – und letztere für ihre politischen Positionen instrumentalisieren (Weinspach 2011). Dieses Problem erkennen Politik und pädagogische Fachpraxis mittlerweile verstärkt an. Bereits seit einigen Jahrzehnten gibt es Ansätze, die sich auch gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit richten: etwa in der politischen Bildung, in der Menschenrechtsbildung oder im Rahmen des interkulturellen, interreligiösen oder des »Diversity«-Lernens, das Jugendliche zu einem konstruktiven und vorurteilsfreien Umgang mit Menschen animieren soll, die zum Beispiel aus einer anderen Kultur oder Religionsgemeinschaft kommen. Es ist wissenschaftlich bisher allerdings noch nicht ausreichend untersucht worden, ob die bestehenden Ansätze genügen, um das Problem der Islam- und Muslimfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen, oder ob sie weiterentwickelt werden müssen. Durch neue Förderprogramme wie die bundesweite Initiative »Gemeinsam gegen gesellschaftliche Polarisierung« (Deutsche Islam Konferenz 2013) sollen in diesem Sinne auch Projekte erprobt werden, die sich spezifisch gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit richten und jungen Muslimen dabei helfen, sich selbstbewusst in die Gesellschaft einzubringen. ×

DIE AUTORIN

Susanne Johansson ist kommissarische Leiterin der Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung« der DJI-Außenstelle Halle (Saale).
Kontakt: johansson@dji.de

LITERATUR

↗ ASBROCK u.a.. (2009): Das Gefühl macht den Unterschied. Emotionen gegenüber »Ausländern« in Ost- und Westdeutschland. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main
↗ BRETTFELD, KATRIN / WETZELS, PETER (2007): Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen
↗ CASANOVA, JOSÉ (2009): Europas Angst vor der Religion. Berlin
↗ DECKER, OLIVER / KIESS, JOHANNES / BRÄHLER, ELMAR (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Berlin
↗ DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ (2013): Initiative »Gemeinsam gegen gesellschaftliche Polarisierung. Eckpunkte einer Förderung der Prävention von gesellschaftlicher Polarisierung«. Im Internet verfügbar unter: www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/DokumentePlenum/2013-eckpunkte-foerderung.pdf (Zugriff: 20.11.2013)
↗ FLORES, ALEXANDER (2011), Zivilisation oder Barbarei? Der Islam im historischen Kontext. Berlin
↗ NAUMANN, THOMAS (2010): Feindbild Islam – Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwinden. Wiesbaden, S. 19–36
↗ PEUCKER, MARIO (2010), Islamfeindlichkeit – die empirischen Grundlagen. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwinden. Wiesbaden, S. 159–171
↗ PINN, IRMGARD / WEHNER, MARLIES (1995): EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht. Duisburg
↗ PFAHL-TRAUGHBER, ARMIN (2011): Feindschaft gegenüber Muslimen? Kritik des Islam? Begriffe und ihre Unterschiede aus menschenrechtlicher Perspektive. In: Benz, Wolfgang / Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): »WIR oder Scharia«? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention. Schwalbach/Ts., S. 59–70
↗ WEINSPACH, DIRK (2011): »Nein Islam«. Islamfeindschaft in rechtsextremistischen Parteien. In: Benz, Wolfgang / Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): »WIR oder Scharia«? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Analysen und Projekte zur Prävention. Schwalbach/Ts., S. 96–109
↗ ZICK, ANDREAS / KÜPPER, BEATE / HÖVERMANN, ANDREAS (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin

Inklusion
in die Schulen bringen

Um allen Schülerinnen und Schülern die gleichen Bildungsmöglichkeiten zu bieten, muss das pädagogische Konzept der Inklusion in Deutschland weiterentwickelt werden. Widerstand dagegen gibt es nicht nur von Seiten der Eltern, sondern auch aus der Lehrerschaft. Die Umsetzung der Inklusion ist nicht allein aus diesen Gründen ein Weg mit Hindernissen.

Von Irene Hofmann-Lun

Inklusive Bildung hat zum Ziel, allen Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu qualifizierter Bildung zu eröffnen. Dazu müssen Lernbedingungen geschaffen werden, in denen Kinder und Jugendliche ihre Potenziale – unabhängig von ihrem Geschlecht und ihren kulturellen, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen – entfalten können. Dabei wird der »Defizit-Ansatz«, der in der Sonderpädagogik lange Zeit das Verständnis von Behinderung prägte, durch einen »Diversity-Ansatz« ersetzt: Er beinhaltet die Wertschätzung der individuellen Besonderheit jedes Menschen.

Während Deutschland in seinen Bildungsmodellen bisher auf möglichst homogene Lerngruppen setzte, konnte die internationale Integrationsforschung auf Basis der Erfahrungen mit inklusiven Schulmodellen belegen, dass Lernen in heterogenen Lerngruppen nicht nur möglich ist, sondern auch Erfolge verzeichnet. Heterogene Schulklassen sind besonders leistungsfördernd und bedeuten einen Gewinn für alle Schülerinnen und Schüler (Prengel 2012).

Deutschland hat sich seit der Einführung des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die im Jahr 2006 verabschiedet wurde, auf den Weg gemacht, inklusive Bildung auf allen Ebenen einzuführen. Dieses Vorhaben steht in Zusammenhang mit den UNESCO-Weltkonferenzen zur inklusiven Bildung in den Jahren 1994 und 2009. Seit dem 26.3.2009 ist die UN-Konvention verbindliche Rechtsgrundlage in Deutschland (Riedel 2010). Die Bundesregierung hat sich damit zu einem schrittweisen Auf- und Ausbau eines inklusiven Bildungssystems verpflichtet.

Inklusive Bildung ist in Deutschland in den Bundesländern unterschiedlich weit vorangeschritten: Während die Inklusionsrate im Bundesdurchschnitt 25 Prozent beträgt, reichen die Unterschiede zwischen den Bundesländern von 56 Prozent bis zu lediglich 11 Prozent (Klemm 2013). Inklusion wird darüber hinaus in den einzelnen Bildungsstufen unterschiedlich realisiert: Je höher die Bildungsstufe ist, desto geringer ist im Schulalltag das Inklusionsniveau. Während in der Kindertagesbetreuung der Inklusionsanteil im Bundesdurchschnitt bei 67 Prozent liegt, beträgt er in den Grundschulen 39 Prozent und in den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I (die in fast allen Bundesländern die Jahrgangsstufen fünf bis zehn umfasst) nur noch 22 Prozent (Klemm 2013). In der Sekundarstufe I bewegen sich die Unterschiede bei der Inklusion in den Bundesländern zwischen 12 und 60 Prozent. Wie notwendig es ist, den Inklusionsanteil zu erhöhen, zeigt sich daran, dass im Jahr 2011 rund 75 Prozent der Förderschülerinnen und Förderschüler die Schulen ohne einen Hauptschulabschluss verlassen haben (Klemm 2013).

Aber nicht nur das Ausmaß des inklusiven Unterrichts, sondern auch die Wege der Einführung und Weiterentwicklung sind sehr unterschiedlich. Die seit 2013 vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) durchgeführte und von der »Stiftung Jugendmarke« geförderte Studie »Inklusion und Ganztagsschule – zur Bedeutung der Jugendhilfe« untersucht die aktuelle Schul-

»Viele Schulen sprechen eher von Integration als von Inklusion, da sie die hochgesteckten Inklusionsstandards nicht erfüllen können.«

entwicklung in den Bundesländern Brandenburg und Schleswig-Holstein. Sie beschäftigt sich mit der Umsetzung von inklusiver Bildung für Schülerinnen und Schüler mit »Förderbedarf Lernen« in der Sekundarstufe I an Ganztagsschulen. Dabei werden vorliegende Konzepte danach untersucht, welche Praxisbeispiele funktionieren und welche Gründe dafür ausschlaggebend sind. Die Studie erörtert zudem die Frage, welche Barrieren und Hindernisse inklusive Schulkonzepte überwinden müssen und wie diese Informationen der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Für die Untersuchung »Inklusion und Ganztagsschule« wurden acht Schulen in den Bundesländern Brandenburg und Schleswig-Holstein ausgewählt, da diese für die Sekundarstufe I eine im Bundesländervergleich hohe Inklusionsrate und ebenso einen hohen Anteil an Ganztagsschulen vorweisen können. Durch die Befragung von Lehrkräften, Schulleitungen und außerschulischen pädagogischen Fachkräften wird analysiert, wie Inklusion im Ganztagsmodell konkret umgesetzt wird, welches Verständnis von Inklusion dem Handeln der Pädagoginnen und Pädagogen zugrunde liegt und welche Zielsetzungen mit Inklusion verbunden werden.

Der deutsche Bildungsföderalismus führt zu uneinheitlichen Standards der Inklusion

Erste Ergebnisse der Untersuchung zeigen die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, die von den Schulen berücksichtigt werden müssen, die inklusive Konzepte entwickeln und umsetzen. Dies betrifft zum einen die verschiedenen Aspekte wie Klassengröße und -zusammensetzung sowie die Einbindung von sonderpädagogischem Personal, die von Bundesland zu Bundesland, aber auch von Schule zu Schule sehr unterschiedlich sein können. Zum anderen beeinflussen auch das besondere Profil und die finanziellen und pädagogischen Ressourcen der jeweiligen Schule deren Inklusionskonzepte. Viele Schulen sprechen aufgrund dieser Unterschiede eher von Integration als von Inklusion, da sie die hochgesteckten Inklusionsstandards nicht erfüllen können.

Unterschiede zeigen sich auch in der Umsetzung des Ganztagsmodells: Während ein Teil der Schulen den Anspruch einer inklusiven beziehungsweise integrativen Bildung im Rahmen eines offenen Ganztagsmodells verwirklicht, sind andere in gebundener oder teilgebundener Form strukturiert. Die offene Ganztagsschule orientiert sich dabei an der klassischen Unterrichtsstruktur der Halbtagsschule und bietet nach dem Unterricht ein zusätzliches freiwilliges Nachmittags-Programm an. Die gebundene Ganztagsschule unterscheidet dagegen zwischen der voll gebundenen Ganztagsschule mit Teilnahmeverpflichtungen am Ganztagsangebot und der teilweise gebundenen Ganztagsschule, bei der ein verpflichtendes Ganztagsangebot in der Regel nur für einen Teil der Schülerinnen und Schüler besteht.

Einige Schulen haben bereits in den 1990er-Jahren damit begonnen, Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf in ihre Regelschule zu integrieren. Diese Konzepte haben sie weiterentwickelt und ein passendes Ganztagsmodell aufgebaut. Andere Schulen haben ein vergleichsweise neues Konzept des inklusiven oder integrativen Unterrichts und der Ganztagsschule ins Leben gerufen, das Schulsozialarbeit und die Unterstützung durch die Jugendhilfe als unverzichtbare Partner bei der Förderung ansieht.

Vorläufige Ergebnisse aus den Expertinnen- und Experteninterviews zeigen, dass Schulen einen respektvollen Umgang aller Kinder und Jugendlichen durchsetzen wollen. Lernstarke und lernschwache Schülerinnen und Schüler, ob mit oder ohne körperliche Beeinträchtigungen – alle Kinder und Jugendlichen sollen voneinander lernen können und eine Sensibilität und Selbstverständlichkeit im alltäglichen Miteinander entwickeln. Wichtig ist es, Schule für die Jugendlichen nicht nur zum Bildungsort, sondern auch zum Lebensort zu machen. Dabei können die Ganztagsschule und die Angebote der Schulsozialarbeit eine wichtige Funktion wahrnehmen, indem Kooperationen mit Vereinen und Verbänden beispielsweise aus den Bereichen Musik, Sport oder Technik vorangetrieben und in den Schulalltag integriert werden. Schule ist dann nicht nur Lernort, sondern auch Lebensort. ›

Schulen, die inklusive Bildungs- und Unterrichtskonzepte einführen, versuchen die Leistungsfähigkeit von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu steigern und gleichzeitig Stigmatisierung und Ausgrenzung zu verhindern. Lehrkräfte fördern alle jungen Menschen in individueller Weise. Besonderer Förderbedarf wird nicht als Problem, sondern als Bereicherung für den Unterricht und für das soziale Miteinander angesehen. Es werden Unterrichtskonzepte entwickelt, die es möglich machen, dass Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen in einer Klasse gemeinsam lernen und gefördert werden.

Inklusion gelingt nur, wenn alle pädagogischen Fachkräfte das gleiche Ziel verfolgen

Ob inklusive Bildung letztlich gelingt, hängt ebenso von den vorhandenen personellen wie den materiellen Ressourcen ab. Darüber hinaus spielt das jeweilige Verständnis von Inklusion der pädagogischen Fachkräfte eine wesentliche Rolle: So ist es von großer Bedeutung, dass die pädagogischen Fachkräfte über ein gemeinsames Wissen und über gemeinsame Handlungsstrategien verfügen. Genauso wichtig ist der Austausch über pädagogische Konzepte und die Frage, wie Lehrkräfte der gelegentlich anzutreffenden Ablehnung und Skepsis von einigen Eltern, Mitschülerinnen und Mitschülern oder auch von anderen Lehrkräften gegenüber dem inklusiven Unterricht begegnen können.

Neben den finanziellen Ausstattungsengpässen, betonen pädagogische Fachkräfte immer wieder die hohe Belastung, die ihnen die Entwicklung eines inklusiven Unterrichts- und Schulmodells abverlangt. In den derzeitigen allgemeinbildenden Regelschulen, also in allen Schulen, die keine Förderschulen sind, können Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf aus Kostengründen nicht ausreichend gefördert und gefordert werden. Wenn aber Inklusion gelingen soll, bedarf es einer angemessenen Finanzierung, mit der die pädagogischen Konzepte langfristig abgesichert sind.

> »Nicht nur auf Seiten der Jugendlichen, auch durch pädagogische Fachkräfte muss Inklusion gelebt werden.«

Auch Schulleitungen weisen immer wieder darauf hin, dass die Entwicklung hin zur inklusiven Schule ein kontinuierlicher Prozess ist, bei dem die Zusammenarbeit von Regelschullehrkräften, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen mit der Schulsozialarbeit/Jugendhilfe eine wichtige Voraussetzung ist. Nicht nur auf Seiten der Jugendlichen, auch durch pädagogische Fachkräfte muss Inklusion gelebt werden, indem unterschiedliche pädagogische Professionen gemeinsam an einem Konzept arbeiten und sich ihre verschiedenen professionellen Sichtweisen auf die Jugendlichen gegenseitig bereichern und ergänzen.

Vor diesem Hintergrund bedarf es ebenso einer grundsätzlichen Neuorientierung der Lehramtsausbildung an den Universitäten. In allen Studiengängen müsste ein Schwerpunkt »sonderpädagogischer Förderbedarf« eingeführt werden. Das Thema Inklusion sollte in all seinen Facetten im Studium verankert sein und die verschiedenen Lehramtsstudiengänge müssten in dieser Hinsicht Kooperationen über die Fächergrenzen hinweg initiieren. ×

DIE AUTORIN

Irene Hofmann-Lun, Dipl.-Soziologin, ist wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut im Forschungsschwerpunkt »Übergänge im Jugendalter«.
Kontakt: hofmann-lun@dji.de

LITERATUR

↗ KLEMM, KLAUS (2013): Inklusion in Deutschland – eine bildungsstatistische Analyse. Gütersloh
↗ PRENGEL, ANNEDORE (2012): Kann inklusive Pädagogik die Sehnsucht nach Gerechtigkeit erfüllen? Paradoxien eines demokratischen Bildungskonzepts; in: Seitz, Simone u.a. (Hrsg.) Inklusiv gleich gerecht? Kempten, S. 16–31
↗ RIEDEL, EIBE (2010): Gutachten zur Wirkung der internationalen Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung und ihres Fakultativprotokolls auf das deutsche Schulsystem. Gutachten vom 15. Januar 2010. Mannheim/Genf

Die DJI-Außenstelle in Halle

Vor 10 Jahren wurde die Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts in den Franckeschen Stiftungen zu Halle angesiedelt. Wie es dazu kam und welcher inspirierende wissenschaftliche Geist in diesem »Ort der Geschichte« herrscht, beschreibt Jürgen Fuchs, ehemaliger Leiter des Referats Forschung und Statistik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Von Jürgen Fuchs

Die »Regionale Arbeitsstelle des Deutschen Jugendinstituts« in Leipzig war 1991 aus dem »Zentralinstitut für Jugendforschung« (ZIJ) der DDR hervorgegangen. In den 1990er-Jahren arbeitete die Dienststelle in Ostdeutschland auf einer labilen Finanz- und Organisationsgrundlage, sodass es zweifelhaft war, ob der Standort aufrechterhalten werden konnte. Allerdings hatte der Wissenschaftsrat 1998 – und dann wieder 2007 – dringlich angeraten, die Außenstelle fortzuführen. Die Leitung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) setzte sich daraufhin nachdrücklich für den Fortbestand und Ausbau in geeigneten Arbeitsfeldern ein.

Ende der 1990er-Jahre waren die Räumlichkeiten in Leipzig (Stallbaumstraße 9) nicht nur zu klein geworden, sondern auch derart marode, dass die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefährdet war. Im Jahr 2000 teilten das Bundesvermögensamt und das Bundesfinanzministerium (BMF) dem BMFSFJ mit, dass eine weitere Nutzung durch das DJI nicht länger möglich sei. Nun war es unumgänglich, sich nach einer anderen dauerhaften Unterbringung der »Regionalen Arbeitsstelle des Deutschen Jugendinstituts« umzusehen.

Sanierung der Franckeschen Stiftungen

Die Franckeschen Stiftungen in Halle waren dem Autor aus Schulbüchern des evangelischen Religionsunterrichts und aus gelegentlichen Zeitungsberichten dem Namen nach geläufig, sodass er die Einrichtung näher kennenlernen wollte und sie eines Tages besuchte – zufällig am Tag des »Lindenblütenfestes«, dem jährlich stattfindenden Sommerfest der Franckeschen Stiftungen. In den anschließenden Gesprächen mit den beeindruckenden Leitungspersönlichkeiten der Franckeschen Stiftungen – mit dem früheren Direktor Prof. Dr. Paul Raabe, mit Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, mit dem Architekten Wilfried Ziegemeier sowie dem Verwaltungsdirektor Dr. Udo Hachmann – ergab sich, dass die Stiftung vor allem an Investitionsmitteln für die bauliche Sanierung und Rekonstruktion des denkmalgeschützten Fachwerk-Gebäudekomplexes, der bis auf die Zeit um 1700 zurückgeht, interessiert war. Ihrer Auffassung nach würde das DJI vorzüglich in das Profil der 1990 wieder begründeten Franckeschen Stiftungen und ihrer wünschenswerten Fortentwicklung passen. Das BMFSFJ nahm sich der Sache an und konnte Investitionsmittel aus seinem Jugendbauprogramm – verteilt über drei Jahre – aufbringen.

Aus Sicht des DJI kam es vor allem darauf an, geeignete neue Räumlichkeiten zu finden. Der damalige Direktor, Prof. Dr. Ingo Richter, setzte sich engagiert für die Unterbringung in den Franckeschen Stiftungen ein, nachdem er sich davon überzeugt hatte, dass sie dem Bedarf an Bürofläche und an adäquaten Arbeitsbedingungen für rund 30 Personen in drei Etagen zuzüglich Dachboden für Materiallager und Archivierung entsprechen würde. Die Arbeitsräume wurden ausschließlich zum ruhigen, idyllischen Lindenhof hin eingerichtet; zu der weniger attraktiven und lauten Hochstraßen-Stadtautobahn hin wurden die Funktionsräume gelegt; schließlich war ein separater Aufgang in den DJI-Trakt erforderlich. ›

10 Jahre in den Franckeschen Stiftungen

Die Außenstelle des DJI in Halle (Saale) feierte ihr 10-jähriges Jubiläum in den Franckeschen Stiftungen im November 2013 mit einer Fachtagung zum Thema »Jugend zwischen Inklusion und Exklusion – Befunde der Bildungs- und Jugendforschung«. Dabei wurden aktuelle Ergebnisse der Forschungsarbeit der DJI-Außenstelle präsentiert und im Rahmen von Workshops und Diskussionsrunden der Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Fachpraxis angeregt. Die DJI-Außenstelle widmet sich mit ihrem Forschungsschwerpunkt »Übergänge im Jugendalter« verstärkt der Bildungs- und Jugendforschung und mit einigen dort angesiedelten Projekten der DJI-Fachabteilung »Jugend und Jugendhilfe« unter anderem auch der Extremismusprävention.

Als schwieriger und langwieriger erwies es sich, die Zustimmung des BMF zu erwirken – denn das Vorhaben war ungewöhnlich: Das BMFSFJ stellte einen Baukostenzuschuss in Höhe von knapp zwei Millionen Mark (gut eine Million Euro) zur Renovierung des Gebäudes bereit, in dem das DJI untergebracht werden sollte. Die Finanzmittel waren nicht, wie sonst üblich, als »verlorene« Förderung, sondern als eine voll anrechenbare Mietvorauszahlung gedacht – also ein Leistungsaustausch –, auch wenn das in der Bundesverwaltung schwer verständlich zu machen war. Als die Franckeschen Stiftungen sich auf die Berechnungen des BMF einließen, war der Weg frei: Zwischen Franckeschen Stiftungen, BMFSFJ und DJI wurde eine mietkostenfreie Unterbringung für 21 Jahre vertraglich vereinbart.

Zu erwähnen ist, dass ein größerer Teil der Restaurierungskosten von anderen Finanziers, insbesondere von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), beigesteuert wurde. Das BMFSFJ war erfreut, über den praktischen Zweck hinaus einen – wenn auch bescheidenen – Beitrag zur Wiederherstellung eines der »Leuchtturmprojekte« der Kulturförderung des Bundes in Ostdeutschland beizusteuern.

Einzug in einen Ort der Geschichte

Nach einer kurzen Übergangsunterbringung in Leipzig bezog die Außenstelle des DJI im September 2003 ihre neuen Räume in dem gründlich restaurierten Gebäudetrakt Franckeplatz 1, Haus 12/13 der Franckeschen Stiftungen in Halle. Am 30. Oktober 2003 fand die Einweihungsfeier im Freylinghausensaal mit Beteiligung prominenter Gäste statt. Die organisatorische und personelle Konsolidierung der Außenstelle folgte dann einige Jahre später.

Über den bloßen Raumbedarf hinaus waren angestrebte wissenschaftliche »Synergieeffekte« mit anderen benachbarten Einrichtungen – insbesondere mit den Pädagogischen Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg – nicht nur für das DJI, sondern auch für das BMFSFJ ein gewichtiges Argument zugunsten dieses Standorts. Erwünschte Synergie-Effekte mochten nicht nur aus dem wissenschaftlichen Umfeld in den Franckeschen Stiftungen erwachsen. Auch das architektonische und baugestalterische Umfeld zieht denjenigen in seinen Bann, der Sinn für örtliches Flair, Gespür für den Genius Loci hat – für Orte, die einst geschichtsmächtig waren und denen dies heute wieder anzusehen ist. Auch aus der Geschichte darf man sich inspirieren lassen.

Um 1700 war in Halle eine bemerkenswerte Mischung aus zunächst noch verdeckten weltanschaulichen Konflikten und lebenspraktischen Koalitionen zusammengekommen. Beteiligt daran waren die neu-preußische Land-, Gewerbe- und Handelsstadt Halle, die frühe Aufklärung an der soeben gegründeten Universität, die konfessionell-pietistische Frömmigkeit in den Franckeschen Einrichtungen und die fest lenkenden Hände des aufstrebenden preußischen Obrigkeitsstaates.

Neben den vielen geschichtlich dokumentierten Gegensätzen gab es unter ihnen doch wichtige lebenspraktische Gemeinsamkeiten – nämlich das Bemühen um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen unter schwierigen Bedingungen – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Es ist dies das Lebens- und Denkumfeld, aus dem heraus sich sowohl die frühe Aufklärungsphilosophie als auch die pietistische Erziehungs- und Sozialarbeit in Halle und anderenorts verstehen lassen. Als anschauliches Beispiel lässt sich die Naturalien-Kammer in der obersten Etage des Haupthauses besichtigen – Vorläufer unserer wissenschaftlichen Sammlungen und Museen. In einem solchen Umfeld musste auch Wissenschaft einen veränderten Sinn erhalten – zunehmend wurde nach ihrem praktischen Nutzen gefragt.

Jene Lage ist auch uns Heutigen nicht fremd – dass wir gemeinsam nach praktischen Verbesserungen zu suchen haben, vor dem Hintergrund unterschiedlicher Professionen, von verschiedenen weltanschaulichen Voraussetzungen aus und in der Erwartung, wissenschaftliche Erkenntnisse nutzbringend anwenden zu können. Die aus einer solchen Lagebeschreibung zu folgernden Maximen und Verhaltensregeln (nicht nur, aber doch auch) für den wissenschaftlichen Disput hat Christian Thomasius, »Gründungsprofessor« der Universität Halle, 1694 frühzeitig und hellsichtig formuliert, auch wenn diese Regeln nicht immer beachtet werden, sind sie dennoch von Gültigkeit: »Lehre die Wahrheit frei und ungescheut, und widerlege die Irrtümer zwar kräfftiglich, aber bescheiden und ohne Bitterkeit. Erzürne dich nicht, dass andere nach ihrer Erkenntnis etwa auf eben der Catheder dasjenige lehren, was du für irrig hältst; denn die tun nichts anderes, als was du tust, und (es) werden unterschiedene Meinungen unter den Gelehrten bleiben vielleicht solange die Welt stehet«. ×

DER AUTOR

Jürgen Fuchs, von 1998 bis 2012 Referatsleiter des Referats Forschung und Statistik im BMFSFJ, war zuständig für die Förderung und administrative Begleitung des DJI. Während dieser Zeit wirkte er zudem in den Gremien des DJI mit.
Kontakt: b.uj.fuchs@t-online.de

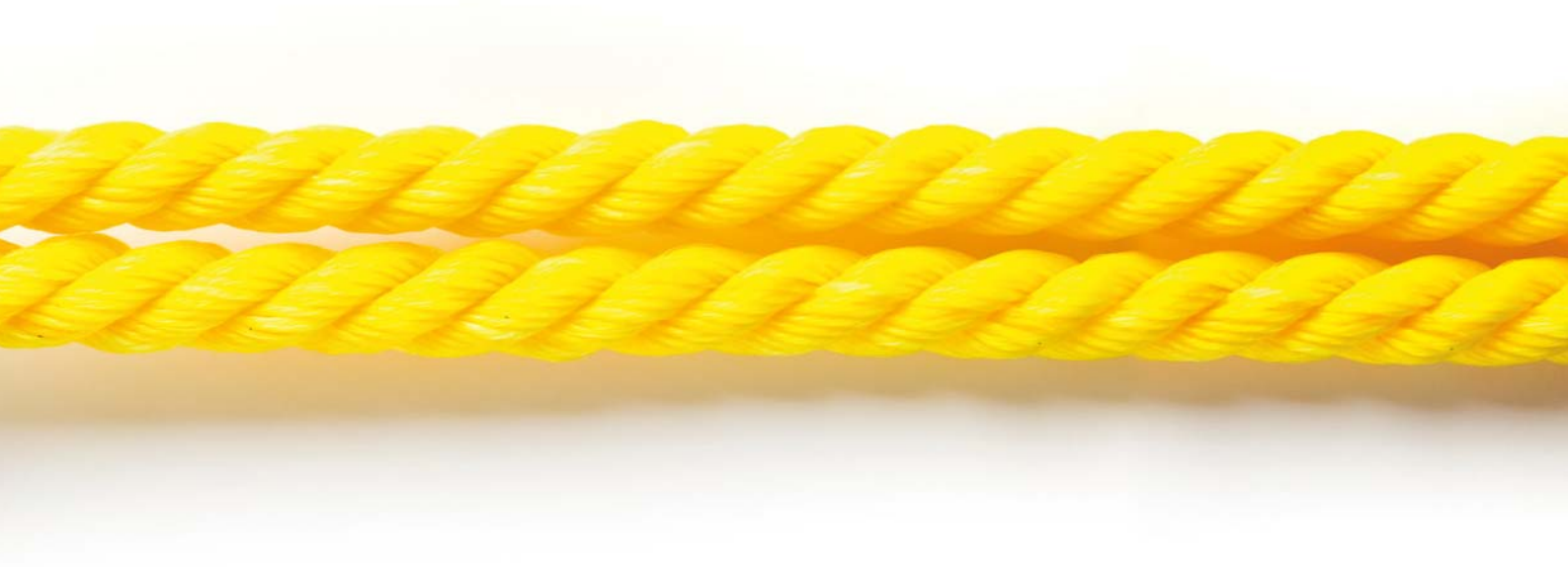
Gemeinsame Forschungsinteressen

Seit den 1990er-Jahren bestehen enge Verbindungen zwischen dem Deutschen Jugendinstitut, seiner Außenstelle in Halle und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU). Johanna Mierendorff, stellvertretende Direktorin des Instituts für Pädagogik an der MLU, zu den Anfängen und der Zukunft dieser fruchtbaren Kooperation

Von Johanna Mierendorff

Das Jahr 2013 ist durch Jubiläen gekennzeichnet. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) feiert sein 50-jähriges Bestehen sowie das 10-jährige Jubiläum seiner Außenstelle in den Franckeschen Stiftungen zu Halle. Die Franckeschen Stiftungen, in denen auch die »Philosophische Fakultät III – Erziehungswissenschaften« der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) angesiedelt ist, ehren den 350. Geburtstag ihres Gründers August Hermann Francke. In diesen Institutionen wird auf je sehr unterschiedliche Weise zum einen das Interesse an der nachwachsenden Generation, zum anderen der gesellschaftliche Wandel sichtbar. Die Franckeschen Stiftungen sind seit jeher der Inbegriff einer alten, wenngleich sich im Laufe der Jahrhunderte stark erneuernden Stätte des pädagogischen Handelns, des Lebens, Lernens, Studierens und sich verändernder Generationen junger Menschen. Das DJI, insbesondere aber auch seine Außenstelle, stehen in der Tradition eines gesellschaftlichen Interesses an der Erforschung grundlegender Fragen zum Thema Jugend, das zwischen 1966 und 1990 mit dem »Zentralinstitut für Jugendforschung« (ZIJ) der DDR in Leipzig seinen institutionellen Ort fand.

Mit dem in den 1990er-Jahren durch die Wiedervereinigung angestoßenen radikalen Transformationsprozess wurde das ZIJ ein lebendiges Zeichen für gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Wandel. Nachdem die Forschungsstätte im Wiedervereinigungsjahr 1990 als eigenständiges Institut geschlossen und als Außenstelle des DJIs weitergeführt und gleichzeitig erneuert wurde, siedelte es im Jahr 2003 nach Halle in die Franckeschen Stiftungen über. Diese Entscheidung zielte unter anderem darauf, die Kindheits- und Jugendforschung in Ostdeutschland zu stärken. Die bereits bestehenden Kontakte zwischen dem DJI und der »Philosophischen Fakultät III – Erziehungswissenschaften« – etwa durch die Mitarbeit der Hallenser Professoren Heinz-Hermann Krüger und Thomas Olk in den Gremien des DJI sowie in den Kommissionen des 12. und 14. Kinder- und Jugendberichts – sollten eine solche Schwerpunktbildung ermöglichen. An der Fakultät sowie in dem ebenfalls in den Stiftungen angesiedelten »Zentrum für Schul- und Bildungsforschung« (ZSB) der MLU war bereits eine lebendige Forschungskultur zum Thema Kindheit, Jugend, Kinder- und Jugendhilfe, Wohlfahrtsstaat und Schule etabliert. ›



Stand zu Beginn der Arbeit der Außenstelle in Halle vor allem die Beobachtung des gesellschaftlichen Wandels und seine Konsequenzen für Jugendliche und ihre Familien im Mittelpunkt, verlagerte sich das Interesse allmählich auf (berufs)biografische und institutionelle Übergangsforschung sowie auf Rechtsextremismusforschung – Themen, die eine hohe Relevanz für die sich nach wie vor transformierenden neuen Bundesländer hatten. In den Forschungseinheiten an der »Philosophischen Fakultät III – Erziehungswissenschaften« wurden Ende der 1990er-Jahre aus dem historischen Kontext heraus ähnliche Interessen verfolgt, die aus Fragen nach dem rapiden gesellschaftlichen Wandel entstanden waren. Die offensichtliche Beschleunigung gesellschaftlicher Segregation, die Veränderung jugendkultureller Szenen, die Frage nach der Realisierung demokratischer Erziehung und Sozialisationserfahrungen waren Gegenstand unterschiedlichster Forschungsprojekte in allen drei Institutionen. Deren Verbindung lag also nicht allein in der räumlichen Nähe, sondern vor allem in dem Interesse, Wandlungsprozesse in Bezug auf Jugend und Jugendkultur zu beobachten und den sich in Ostdeutschland vollziehenden institutionellen Wandel wissenschaftlich zu begleiten. Die Institutionen stellten beispielsweise 2012 in Kooperation einen gemeinsamen Projektantrag zum Thema Bundesfreiwilligendienst.

Die Abwanderung Jugendlicher aus Ostdeutschland ist wissenschaftlich hochgradig relevant

Seit 2012 wird der Austausch zwischen dem DJI und dem Zentrum für Schul- und Bildungsforschung der MLU intensiviert. Ziel ist es, einen regelmäßigen Austausch zu aktuellen Themen der Jugend- und Bildungsforschung einzuführen. Dabei bietet sich vor allem das Thema des demografischen Wandels an. Die Probleme in den sich entleerenden Regionen der ostdeutschen Bundesländer scheinen sowohl aus der Perspektive der Jugendkultur, der Bildungschancen und der zunehmend problematisch werdenden Gestaltung von Übergängen im Jugendalter als auch der veränderungsbedürftigen Institutionen (Kindergärten, Schulen, Berufsbildungsstätten) hochgradig relevant und fruchtbar. Aus diesem Interesse heraus findet derzeit zum Beispiel eine von den beiden Einrichtungen gemeinsam gestaltete Vortragsreihe im Rahmen der »Halleschen Abendgespräche zu Schule und Bildung« am ZSB zum Thema »Regionale Bedingungen von Bildung« statt. Im Fokus stehen regionale Disparitäten, deren historische Wurzeln sowie Konsequenzen für das Aufwachsen in ländlichen Regionen.

Aufbauend auf dieser langjährigen, vielfältigen Zusammenarbeit wurde 2013 in einem Universitätskooperationsvertrag zwischen dem DJI, der »Philosophischen Fakultät III – Erziehungswissenschaften«, dem Institut für Soziologie und dem Zentrum für Schul- und Bildungsforschung der bisherige Austausch auf feste Füße gestellt. Die vier Institutionen bekundeten Interesse an regelmäßigen Kooperationstreffen, am Ausbau der gemeinsamen Beantragung von Projekten, dem Austausch von Daten und an der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Bereits heute arbeiten einige Studierende als studentische Hilfskräfte oder als Forschungspraktikantinnen und -praktikanten am DJI. Umgekehrt hat die Fakultät stets von Forscherinnen und Forschern des DJIs profitiert, die ausgehend von den eigenen Forschungserfahrungen Lehrveranstaltungen in den Bachelor- und Master-Studiengängen der Erziehungswissenschaft angeboten haben.

Der Fachaustausch ist in den Franckeschen Stiftungen angesiedelt, diesem architektonisch so schönen historischen Ort, an dem sich über Jahrhunderte schon so viel Wandel vollzogen hat. Vor diesem Hintergrund würde ich mir langfristig wünschen, dass über die für die Gegenwart relevanten und anwendungsorientierten Themen auch eine breitere Auseinandersetzung mit den archivierten Schätzen einer mehr als 30-jährigen Jugendkulturforschung in Leipzig am »Zentralinstitut für Jugendforschung« ermöglicht wird. Dadurch könnte die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Forschung zur Jugendkultur der DDR vorangetrieben, aber auch der jugendkulturelle Wandel über die Beobachtung längerer Zeitspannen nachvollziehbar gemacht werden. ×

DIE AUTORIN

Prof. Dr. Johanna Mierendorff ist stellvertretende Direktorin des Instituts für Pädagogik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) sowie Direktoriumsmitglied am Zentrum für Schul- und Bildungsforschung.
Kontakt: johanna.mierendorff@paedagogik.uni-halle.de

DJI KOMPAKT

Bundesjugendkuratorium: Kommunalpolitik stärker am Wohl von Kindern und Jugendlichen ausrichten

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) empfiehlt eine bessere Zusammenarbeit aller Akteure, die das Aufwachsen junger Menschen vor Ort begleiten. Wenn Kinder- und Jugendpolitik als aufeinander abgestimmte und ressortübergreifende Politik für, mit und von Kindern und Jugendlichen entwickelt werden soll, bedarf es übergreifender Steuerungs- und Planungsinstrumente, um die für junge Menschen drängenden Gestaltungsaufgaben jenseits formeller Zuständigkeiten und strategischer Grenzen zu bearbeiten. Eine stärkere Verknüpfung von Jugendhilfeplanung, Bildungsmonitoring und kommunaler Kinder- und Jugendberichterstattung bietet das Potenzial, um politische Entscheidungen besser an den Lebenslagen, Interessen und Bedarfen junger Menschen auszurichten. Zu diesem Ergebnis kommen 40 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und kommunaler Planungspraxis, die am 17. und 18. September 2013 auf Einladung des BJK am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München diskutierten. Zentrale Ergebnisse des Fachgesprächs stehen unter

www.bundesjugendkuratorium.de/bjk_tagung.html

»Migration unter der Lupe«: Bundesjugendkuratorium veröffentlicht Stellungnahme zu Jugendhilfe und Migration

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) veröffentlichte die Stellungnahme »Migration unter der Lupe« und behandelte das Thema Jugendhilfe und Migration unter einem empirischen Blickwinkel. Die detaillierte Betrachtung der Teilhabe und Inanspruchnahme von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe durch Familien mit Migrationshintergrund trägt zur Versachlichung der Debatte bei, da sie einer pauschalen Problematisierung entgegenwirkt. Der Schwerpunkt der Stellungnahme »Migration unter der Lupe« liegt auf der Analyse valider Daten zu den einzelnen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe im Hinblick auf den Migrationshintergrund der Adressatinnen und Adressaten. Gleichzeitig thematisiert das BJK die Erwartungen an das Professionsverständnis und die Trägerverantwortung und benennt Entwicklungserfordernisse interkultureller Öffnung in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Stellungnahme »Migration unter der Lupe« steht unter folgendem Link zur Verfügung:

www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/2010-2013/Stellungnahme_Migration_81113.pdf

KLICK-TIPP

Die 45-Stunden-Woche für Kita-Kinder? Flexible und intensive Betreuungszeiten in der Diskussion
Für die Betreuung von Kleinkindern, auf die Eltern seit dem 1. August 2013 einen Rechtsanspruch haben, gibt es sowohl eine Mindeststundenzahl als auch eine empfohlene Obergrenze. Laut einer DJI-Erhebung wünschen sich zwei Drittel der Eltern in Ostdeutschland für ihre ein- und zweijährigen Kinder einen ganztägigen Betreuungsplatz. In den westdeutschen Bundesländern sind es weniger als ein Drittel der Eltern, hier wird eher ein Ausbau der erweiterten Halbtagesplätze gewünscht. Bundesweit wird die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung der Kindertagespflege vorgezogen. Nachdenklich stimmen die Befunde, dass jedes vierte Kind besonders lang – in einigen Fällen bis zu 70 Stunden pro Woche – außerhäuslich betreut werden soll.
www.dji.de/index.php?id=43316&L=0

PERSONELLES

Dr. Lisa Lischke-Eisinger
hat ihre Promotion mit dem Titel »Sinn, Werte und Religion in der Elementarpädagogik. Religion, Interreligiosität und Religionsfreiheit im Kontext der Bildungs- und Orientierungspläne« bei Prof. Dr. Norbert Huppertz im Fach Erziehungswissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Freiburg erfolgreich abgeschlossen.

Dr. Johanna Possinger
hat ihre Promotion mit dem Titel »Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben« bei Prof. Dr. Hans Bertram im Fach Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin erfolgreich abgeschlossen.

PERSONELLES

↗ **Apl. Prof. Dr. Claus Tully** (*1949) nahm seine Tätigkeit im DJI als Wissenschaftlicher Referent im Sonderforschungsbereich 101 (Berufs- und Arbeitskräfteforschung) im Jahr 1980 auf. Seine Dissertation, mit der er 1982 an der FU Berlin promoviert wurde, schrieb er zum Thema »Die Rationalisierungspraxis als Provokation sozialwissenschaftlicher Theorie«. Bei seinen weiteren Forschungsprojekten legte er den Schwerpunkt auf die Entwicklung von Technik und Medien sowie auf den Bereich der beruflichen Bildung und Mobilität bei Jugendlichen. Zu diesen Themen verfasste Claus Tully mehr als 20 Buchpublikationen und zahlreiche Artikel in nationalen und internationalen Fachzeitschriften. In den unterschiedlichsten Projektvorhaben am DJI wie beispielsweise bei »Jugend und Mobilität«, »Berufliche Erfahrungen und Umweltbewusstsein bei Jugendlichen« oder »Informelle Lernprozesse« fokussierte sich sein Interesse auf die Analyse von Technik- und Lebensorientierung von Jugendlichen. Das Thema des Aufwachsens in unterschiedlichen technischen Welten lag auch seiner Habilitation »Mensch – Maschine – Megabyte« zugrunde, die im Jahr 2003 am Fachbereich Psychologie und Erziehungswissenschaften der FU Berlin angenommen wurde. In den folgenden Jahren erhielt er Lehraufträge und Gastdozenturen an den Universitäten Nürnberg, Bamberg, München (TU), Buenos Aires und hat seit 2003 eine außerplanmäßige Professur an der Freien Universität Bozen inne. Auch nach seiner DJI-Zeit wird Claus Tully seine wissenschaftliche Produktivität und Kreativität mit Sicherheit in verschiedene Publikationen umsetzen. Das DJI wünscht ihm für die Realisierung seiner persönlichen und wissenschaftlichen Vorhaben alles Gute.

↗ **Dr. Ekkehard Sander** (*1948) kam 1975 aus Frankfurt am Main ans DJI. Er arbeitete zunächst in der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellprojekts zur politischen Bildung in hessischen Jugendhäusern. Das passte sehr gut, hatte er doch früher selbst als Diplom-Pädagoge in einem Jugendhaus gearbeitet, und dann für den hessischen Jugendring Fortbildungen für die Jugendarbeiterinnen und -arbeiter durchgeführt. 1979 bekam er eine unbefristete Vollzeitstelle in der damaligen Jugendabteilung. Er arbeitete am 5. Jugendbericht mit und war Koordinator der Planungsgruppe für den vom damaligen Direktor Hans Bertram angeregten ersten großen Familiensurvey des DJI. Ab 1980 fand Ekkehard Sander zu den Themen, welchen er bis heute treu geblieben ist: mediale und kulturelle Sozialisation in Familie und Peergroup, Common Culture und Veränderungen des Generationenverhältnisses. Ekkehard Sander war an der Einrichtung der Abteilung »Neue Medien und Informationstechnologien« beteiligt sowie an der qualitativen Längsschnittstudie »Medien in Familie und Peergroup«, in der Jugendliche von 13 bis 18 Jahren sowie ihre Eltern wiederholt nach ihren Medienerfahrungen und deren Auswirkungen befragt wurden. Die Ergebnisse beeinflussten die Diskussionen über die vermeintlichen Gefahren der neuen Medien – und lieferten genug Stoff für seine Promotion. Er wurde ein gefragter Experte zu allen Fragen rund um das Aufwachsen mit neuen Medien und hatte Lehraufträge zu Medienpsychologie und Rezeptionsforschung an verschiedenen Universitäten inne. Zudem war er an der Geschäftsführung für den 11., den 13. und den 14. Kinder- und Jugendbericht beteiligt. Nach fast 37 Jahren am DJI geht Ekkehard Sander in Pension, wo ihm die Zeit sicher nicht lang wird, kann er sich doch dann ausführlich seinen vielen Interessen widmen. Das DJI wünscht ihm, dass er noch lange Freude daran hat!

AUFSÄTZE

Romy Ahner, Johanna Possinger
↗ Ehegattensplitting, Familiensplitting, faktisches Familiensplitting. Zur Splittingfrage in der Familienpolitik
In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins Berlin 2013, S. 433–438

Hiltrud Bayer
↗ Regionaldatenbank des Deutschen Jugendinstituts / In: Behrens, Kurt / von der Heyde, Christian / Pfister, Martin / Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. (Hrsg.): GESIS – Schriftenreihe. Band 12. Regionale Standards, S. 298–300 / Köln 2013

Frank Beckmann
↗ Kinder und Jugendliche im Blick! Anmerkungen zur Ausgestaltung einer kommunalen Kinder- und Jugendpolitik/ In: aej-Information, Heft 2/2013, S. 5–6

Felix Berth
↗ Frühe Bildung – ein Beitrag zu sozialem Ausgleich und ökonomischem Wohlstand / In: Hans Bertram (Hrsg.): Reiche, kluge, glückliche Kinder? Der Unicef-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. Weinheim/Basel 2013, S. 93–105

Kirsten Bruhns
↗ Jugendarbeit und Jugendliche mit Migrationshintergrund
In: Rauschenbach, Thomas / Borrmann, Stefan (Hrsg.): Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim/Basel 2013, S. 78–101

Waltraud Cornelißen, Claudia Zerle-Elsäßer, Walter Bien
↗ Das Timing der Familiengründung und dessen Folgen für Familien
In: beziehungsweise. Informationsdienst des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Heft 4/2013, S. 1–4

Veronika Baur, Verena Oßwald

55 Fragen & 55 Antworten

Pädagogische Arbeit mit Kindern unter drei Jahren
Berlin: Cornelsen Scriptor | 104 Seiten | 14,95 EUR | ISBN 978-3-589-24804-9

Was ist Reggio? Wie kann ich die kindliche Sprachentwicklung begleiten? Wie helfe ich Kindern, Konflikte zu lösen? Warum sind Rituale im Krippenalltag so wichtig? Antworten auf diese und viele andere Fragen zur pädagogischen Arbeit mit Kindern unter drei Jahren sind in diesem Band gesammelt und prägnant auf den Punkt gebracht worden, wodurch eine gute Mischung aus theoretischen Grundlagen, relevantem Fachwissen und praktischen Tipps entsteht. Dadurch erhalten pädagogische Fachkräfte schnell einen Überblick über wichtige Fachfragen, können mitreden, wenn es um die Arbeit mit den Kleinsten geht und werden dabei unterstützt, ihre eigene pädagogische Praxis zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Julia Zimmermann, Tilly Lex

Bericht zur fünften Erhebung der Münchner Schulabsolventenstudie

Münchner Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung
Herausgegeben von der Landeshauptstadt München. München 2013
In gedruckter Fassung zu beziehen über maerz@dji.de oder über das
Referat für Bildung und Sport, Kommunales Bildungsmanagement, Eva Schießl, Bayerstraße 28, 80335 München; eva.schiessl@muenchen.de

Das Deutsche Jugendinstitut hat im Auftrag der Landeshauptstadt München die Bildungs- und Ausbildungswege von Absolventinnen und Absolventen wie auch von Abgängerinnen und Abgängern aus Münchner Schulen untersucht, die zum Zeitpunkt der ersten Befragung im Frühjahr 2008 das letzte Pflichtschuljahr in einer (einstigen) Haupt- oder Förderschule besuchten. Der vorliegende Bericht umfasst die Ergebnisse der letzten Erhebung, die im Frühjahr 2012 durchgeführt wurde. Knapp vier Jahre nach Abschluss der neunten Klasse befindet sich die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen beruflich auf einem guten Weg. Besorgniserregend ist allerdings der Anstieg problematischer Übergänge von der Schule in den Beruf: Dies betrifft gut ein Fünftel der ehemaligen Hauptschülerinnen und Hauptschüler und knapp die Hälfte der Förderschülerinnen und Förderschüler. Die Studie zeigt sehr differenziert, wie die Wege der Jugendlichen von der Schule in Ausbildung und Arbeit verlaufen, wer besonders gefährdet ist, beruflich den Anschluss zu verlieren, und welche Handlungsempfehlungen sich daraus für die Bildungssteuerung ableiten lassen.

Tina Gadow, Christian Peucker, Liane Pluto, Mike Seckinger
↗ Vielfalt offener Kinder- und Jugendarbeit: Eine empirische Analyse
In: Deutsche Jugend, Heft 9/2013, S. 380–389

Wolfgang Gaiser, Martina Gille
↗ Jugendliche und Partizipation / In: Politische Bildung, Heft 3/2013, S. 58–70

Martina Gille
↗ Rolle rückwärts? (Rück-)Besinnung auf klassische Rollenverteilung
In: K3. Das Magazin des Kreisjugendring München-Stadt, Heft 5/2013, S. 25–26

Michaela Glaser
↗ »Ansetzen an den Problemen, die die Jugendlichen haben ...«. / Zur Rolle individueller Problembelastungen rechtsaffiner und rechtsorientierter Jugendlicher in der Distanzierungsarbeit / In: Becker, Reiner / Palloks, Kerstin (Hrsg.): Praxishandbuch Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts. 2013, S. 252–266

Kerstin Hein
↗ Vom Ausländer zum Jugendlichen: Interkulturelle Begegnungen, Identitätsarbeit und Handlungsfähigkeit bei jungen Migranten lateinamerikanischer Herkunft in Chile / In: Forum Gemeindepsychologie, Ausgabe 1/2013.
Im Internet verfügbar unter: www.gemeindepsychologie.de/fg-1-2013_08.html (Zugriff: 20.01.2014)

Martina Heitkötter, Hilke Lipowski
↗ Kindertagespflege. Was Leitung über das besondere Profil wissen sollte
In: Kindergarten heute. Das Leitungsheft, Heft 3/2013, S. 22–26
↗ Wenn Kita und Kindertagespflege kooperieren. Möglichkeiten und Chancen der Zusammenarbeit / In: Kindergarten heute. Das Leitungsheft, Heft 4/2013, S. 12–15

LESE-TIPPS

Maruta Herding (Hrsg.)

Radikaler Islam im Jugendalter – Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte

Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut 2013 | 172 Seiten | ISBN 978-3-86379-109-4
Kostenlos bestellbar bei birke@dji.de oder als Download-Version unter: www.dji.de/afs_modul

Die Publikation dokumentiert die Ergebnisse eines DJI-Hearings, das das Projekt »Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen« zum Thema »Radikaler Islam im Jugendalter« im Jahr 2012 unter Mitwirkung von Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland veranstaltet hat. Der Sammelband diskutiert Erscheinungsformen, Ursachen und den gesellschaftlichen Kontext von islamischer Radikalisierung bei Jugendlichen und ordnet das Phänomen in wissenschaftliche und öffentliche Debatten ein. Themen der einzelnen Beiträge sind Migrationshintergrund und biografische Belastungen, die Bedeutung der Jugendphase in diesem Kontext, Frauen in dschihadistischen Strukturen, das niederländische Hofstad-Netzwerk, britische Identitätspolitik, die Auswirkungen von Terrorismusverdacht und der Gesichtsschleier in Europa. Ergänzt werden die Beiträge durch eine kritische Diskussion des Forschungsstands.

Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e.V. (Hrsg.)

Expertise »Unfallverhütung und Kindersicherheit in der Kindertagespflege«

Bonn 2012 | 78 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.kindersicherheit.de/pdf/2013Expertise-Kindertagespflege.pdf

Im Rahmen dieser Expertise werden die fachlich relevanten Inhalte der Unfallprävention für Kindertagespflegepersonen sowie die dafür erforderlichen Kompetenzen herausgearbeitet. Die Ergebnisse dienen unter anderem als Grundlage für die Entwicklung der Module zum Thema Unfallverhütung und Kindersicherheit im »Kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege«. Das Handbuch wird derzeit am Deutschen Jugendinstitut im Projekt »Kompetenzorientiertes Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege. Schwerpunkt: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in den ersten drei Lebensjahren« erarbeitet. Eine Projektförderung erfolgt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

AUFSÄTZE

Elisabeth Helming
↗ Sexuelle Gewalt und sexuelle Grenzverletzungen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe – (k)ein Thema der Vergangenheit?! Ausgewählte Ergebnisse aus der Studie »Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Institutionen« des Deutschen Jugendinstituts. In: Forum Erziehungshilfen, Heft 2/2013, S. 73–77
↗ »Und wenn irgendwie ein Problem auftaucht, ein ernstes volles Problem, also ganz helfen können sie dir auch nicht aus dem Problem, aber man kann drüber reden und schaun, wie man des alles machen kann«. Anforderungen an Kompetenzen in Familienberatung
In: Pädagogischer Rundbrief der Landesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen in Bayern, April – August 2013, S. 16–27
↗ Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Institutionen: Einige ausgewählte Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt des Deutschen Jugendinstituts In: pro Jugend. Fachzeitschrift der Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern, 2013, S. 8–11

Bernd Holthusen
Kinder und Jugendliche als so genannte Intensivtäter / In: Familie Partnerschaft Recht. Zeitschrift für die Anwaltspraxis, Heft 10/2013, S. 417–420

Sabrina Hoops
Das Portrait: Reinhard Wabnitz / In: Forum Erziehungshilfen, Heft 3/2013, S. 165–168

Bernhard Kalicki
↗ Nachgefragt: Der Kita-Ausbau – Rechtsanspruch mit Qualität?!
Klein und groß. Zeitschrift für Frühpädagogik, Heft 9/2013, S. 48

Jörg Maywald

Schutz vor Kindeswohlgefährdung in der Kindertagespflege

München: Deutsches Jugendinstitut 2013 | 53 Seiten | ISBN 978-3-86379-103-2
Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/bibs/Maywald_Kindeswohlgefaehrdung09_2013.pdf

Kinder vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen gehört zu den Pflichtaufgaben jeder Kindertagespflegeperson. In dieser Expertise werden die dafür notwendigen Kompetenzen für den Bereich der Kindertagespflege formuliert und wesentliche Aspekte des rechtlichen und fachlichen Rahmens in diesem Handlungsfeld dargestellt. Der Autor beschreibt unter anderem die besonderen Herausforderungen in der Arbeit mit gefährdeten Kindern in den ersten drei Lebensjahren, geht auf die Zusammenarbeit mit den Eltern ein und stellt ein für den Bereich der Kindertagespflege geeignetes Beobachtungsinstrument vor. Die Expertise wurde im Rahmen des Projekts »Kompetenzorientiertes Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege – Schwerpunkt: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in den ersten drei Lebensjahren« erstellt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) und Forschungsverbund DJI/TU Dortmund

Datenreport Frühe Hilfen

Ausgabe 2013 | Köln: Nationales Zentrum Frühe Hilfen 2013 | 78 Seiten | ISBN 978-3-942816-43-4
Kostenlos erhältlich bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung über order@bzga.de oder im Internet als Download unter www.fruehehilfen.de (Rubrik: Materialien; Publikationen)

Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen und der Forschungsverbund DJI/TU Dortmund (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik) haben im Rahmen ihrer Kooperation den ersten »Datenreport Frühe Hilfen« herausgegeben. Die Beiträge von Autorinnen und Autoren aus ganz unterschiedlichen Arbeitskontexten verstehen sich als ein Beitrag zur Systematisierung der noch sehr lückenhaften Datenlage im Bereich der Frühen Hilfen. In Form von Bestandsaufnahmen und Bilanzierungen, aber auch über die Entwicklung von konkreten Perspektiven für eine Verbesserung der empirischen Basis, werden einerseits die Belastungslagen von Familien und andererseits die expandierenden und sich weiter ausdifferenzierenden Felder der Frühen Hilfen selbst in den Blick genommen. Die zweite Ausgabe des Datenreports ist für den Herbst 2014 geplant.

↗ Frühe Bildung als Aufgabe und Herausforderung für die Kindertagesbetreuung / In: Pastoraltheologie. Monatszeitschrift für Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft, Heft 7/2013, S. 270–282

Christoph Liel, Sigurd Hainbach
↗ Arbeit mit Vätern bei häuslicher Gewalt
Wie berücksichtigen Täterprogramme die Themen Vaterverantwortung und Kindererziehung? / In: Kavemann, Barbara / Kreyssing, Ulrike (Hrsg.): Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden 2013, S. 495–512

Christian Lüders, Sabrina Hoops
↗ Verselbstständigung unter den Bedingungen erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit (Teil 2 eines Berichts zum 14. Kinder- und Jugendbericht)
In: Jugendhilfe, Heft 3/2013, S. 166–169

Jan Marbach, Angelika Tölke
↗ Frauen, Männer und Familie: Lebensorientierung, Kinderwunsch und Vaterrolle
In: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hrsg.): Ein Leben ohne Kinder. Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit. Wiesbaden 2013, S. 281–310

Christian Peucker, Tina Gadow, Liane Pluto, Mike Seckinger
↗ Jugendverbände – Rahmenbedingungen, Leistungen und Herausforderungen
In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, Heft 1/2013, S. 45–59

Thomas Rauschenbach
↗ Schule und bürgerschaftliches Engagement – zwei getrennte Welten? Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung
In: Hartnuß, Birger / Hugenroth, Reinhild / Kegel, Thomas (Hrsg.): Schule der Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen. Schwalbach/Ts. 2013, S. 27–40

LESE-TIPPS

Bundesjugendkuratorium

Von gefühlten zu gelebten Realitäten – Plädoyer für einen Datenbericht zur Entwicklung der Kinderrechte in Deutschland

München: Deutsches Jugendinstitut | 9 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.bundesjugendkuratorium.de

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) spricht sich für eine Datenberichterstattung zur Entwicklung der Kinderrechte in Deutschland aus. Hintergrund der Überlegungen ist es, die Berichterstattung zur Entwicklung der Kinderrechte in Deutschland auf ein solides Fundament von Indikatoren zu stellen, um damit sowohl für den Staatenbericht zur UN-Kinderrechtskonvention als auch für den Parallelbericht eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Das BJK hat in seinem Plädoyer auf den Mehrwert eines solchen Berichts hingewiesen sowie erste Vorschläge für die Gestaltung und Orientierung der Indikatoren in den Bereichen »Schützen – Fördern – Beteiligen« erarbeitet. Die Datenlage ist in vielen Bereichen ausreichend, entscheidend ist aus Sicht des BJK die analytische Ausrichtung der Indikatoren. Diese sollten durch eine Kommission aus Expertinnen und Experten in einem Diskussionsprozess erarbeitet werden. Das BJK hat ausdrücklich seine Bereitschaft erklärt, daran mitzuwirken. Mit diesem Vorgehen würde die Entwicklung der Kinderrechte weniger an gefühlten Realitäten und mehr an nachvollziehbaren Kennziffern diskutiert, weiterentwickelt und verfolgt.

Claudia Krell

Lebenssituationen und Diskriminierungserfahrungen von homosexuellen Jugendlichen in Deutschland

Abschlussbericht der Pilotstudie
München: Deutsches Jugendinstitut 2013 | 58 Seiten | ISBN 978-3-86379-111-7
Kostenlos erhältlich unter www.dji.de/index.php?id=1555 oder direkt über Claudia Krell (krell@dji.de)

Die Pilotstudie »Lebenssituationen und Diskriminierungserfahrungen von homosexuellen Jugendlichen« hat gezeigt, dass lesbische und schwule Jugendliche und – durch eine thematische Öffnung des Projektes – auch bisexuelle und trans*- Jugendliche im Rahmen von quantitativen wie qualitativen Befragungen als Zielgruppe methodisch erreichbar sind. Die Studie hat zudem erste Informationen über Coming-out-Erfahrungen, Lebenssituationen und Diskriminierungserlebnisse dieser Jugendlichen aufgezeigt. Ausgehend von diesen Ergebnissen begann im Dezember 2013 eine durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte zweijährige Hauptstudie, die sich intensiver mit den Coming-out-Verläufen und Diskriminierungserfahrungen der genannten Gruppen befassen wird.

AUFSÄTZE

Thomas Rauschenbach, Matthias Schilling
↗ Die Akademisierungsfrage der Frühpädagogik und ihre Nebenwirkungen
In: Sektion Sozialpädagogik und Pädagogik der frühen Kindheit (Hrsg.): Konsens und Kontroversen. Sozialpädagogik und Pädagogik der frühen Kindheit im Dialog. Weinheim/Basel 2013, S. 104–120

Birgit Reißig
↗ Kinder- und Jugendhilfe – Gibt es noch Unterschiede zwischen Ost und West?
In: Forum Jugendhilfe, Heft 2/2013, S. 13–19
↗ Ausdifferenzierung von Übergangswegen von der Schule in die Ausbildung. Ergebnisse aus Längsschnittstudien des DJI
In: Ahrens, Daniela (Hrsg.): Zwischen Reformeifer und Ernüchterung. Übergänge in beruflichen Lebensläufen. Wiesbaden 2014, S. 55–74

Birgit Riedel, Nicole Klinkhammer, Carolyn Seybel
↗ Austausch fördern, Wissen bündeln. Das Internationale Zentrum Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung / In: Frühe Bildung, Heft 4/2013, S.222–223.

Carina Seidl, Bernd Holthusen, Sabrina Hoops
↗ Ungehorsam? – Arrest! Ungehorsamsarrest als vergessene Herausforderung im Jugendstrafverfahren
In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, Heft 3/2013, S. 292–295

Vicki Täubig
↗ Kinderdörfer als Verwirklichungschance für Jugendliche (Forschungsnotiz)
In: Forum Erziehungshilfen, Heft 3/2013, S. 163–164

Claus Tully
↗ Morgen ist egal. Jugendliche ersetzen heute eine langfristige Lebensplanung durch die Konzentration auf das Hier und Jetzt
In: Süddeutsche Zeitung, 21. Oktober 2013, Außenansicht, S. 2

LESE-TIPPS

Johanna Possinger

Wie neu sind die »neuen Väter«?

Eine Klärung von Johanna Possinger | Soziale Arbeit Kontrovers Nr. 6
Freiburg: Lambertus Verlag 2013 | 51 Seiten | 7,50 EUR | ISBN 978-3-7841-2464-3

Bezug nur über den Buchhandel

Immer mehr Väter beanspruchen Elternzeit. Bedeutet dies einen Wandel hin zu einer gleichberechtigten Arbeitsteilung in den Familien? Die Autorin untersucht Diskrepanzen zwischen dem Anspruch und der tatsächlichen Beteiligung von Vätern an der Sorgearbeit. Sie zeigt die Hindernisse, die einer Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben entgegenstehen und identifiziert fünf politische »Stellschrauben« zur Förderung einer engagierten Vaterschaft.

Bundesjugendkuratorium

Ganztagsschule – Ein kinder- und jugendpolitisches Plädoyer

München: Deutsches Jugendinstitut 2013 | 5 Seiten
Kostenlos erhältlich unter www.bundesjugendkuratorium.de

Das Bundesjugendkuratorium betont die optimalen Förderungs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Rahmen von Ganztagsangeboten und spricht sich für eine stärkere konzeptionelle Öffnung und zivilgesellschaftliche Verortung der Ganztagsschule aus. Hintergrund ist die erhebliche Dynamik in der Weiterentwicklung gerade schulischer Lern- und Bildungsorte. Ganztagsschulen können jungen Menschen breitere Fähigkeiten vermitteln, als dies bislang der Fall war. Ihre Entwicklung bietet zugleich die Chance, die Bezüge von Bildungs-, Jugend-, Familien- und Sozialpolitik neu herzustellen. Für das Bundesjugendkuratorium bildet die Weiterentwicklung der Ganztagsschule deshalb einen zentralen Anknüpfungspunkt für ein chancen- und altersgerechtes Aufwachsen junger Menschen in ganz Deutschland.

↗ Übergänge als räumliche Mobilität / In: Schröer, Wolfgang / Stauber, Barbara / Walther, Andreas / Böhnisch, Lothar / Lenz, Karl (Hrsg.): Handbuch Übergänge. Weinheim 2013, S. 196–214

Nina Weimann-Sandig
↗ Drohende Altersarmut von Frauen. Welche Jahrgänge besonders betroffen sind
In: IAB-Forum, Heft 1/2013, S. 104–109

Nina Weimann-Sandig, Gerhard Wirner
↗ Demographieorientierte Personalentwicklung in Kitas / In: Kindergarten heute. Leitungsheft, Heft 3/2013, S. 4–8

Diana Willems
↗ Neue Kriminalisierungsrisiken. Zur Bedeutung des Internets für die Kriminalitätsprävention / In: Forum Kriminalprävention, Heft 3/2013, S. 3–8

Ivo Züchner, Mariana Grgic
↗ Schulbesuch und Sportengagement. Zur Bedeutung veränderter Schulzeiten für die Aktivität und das Engagement in Sportvereinen / In: Münchner Sportjugend. Magazin für die Jugendarbeit, Heft 2/2013, S. 3–4

Das **DEUTSCHE JUGENDINSTITUT E. V.** ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkoppelung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Der institutionelle Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und zu einem kleineren Teil von den Bundesländern finanziert. Im Rahmen der Projektförderung kommen weitere Zuwendungen auch vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie unter anderem von Stiftungen, der Europäischen Kommission und von Institutionen der Wissenschaftsförderung. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat zurzeit folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden sowie den Forschungsschwerpunkt »Übergänge im Jugendalter«, ferner eine Außenstelle in Halle (Saale).

IMPRESSUM
Herausgeber:
Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstraße 2, 81541 München
Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Redaktion:
Benjamin Klaußner
Telefon: 089 6 23 06-140, Fax: -265,
E-Mail: klaussner@dji.de
Roland Popp
Telefon: 089 6 23 06-192, Fax -265
E-Mail: rpopp@dji.de
Vertrieb und Redaktionsassistenz:
Stephanie Vontz
Telefon: 089 6 23 06-311, Fax: -265,
E-Mail: vontz@dji.de

Gestaltung: FunkE Design
Sandra Ostertag, Julia Kessler, www.funk-e.de

Druck und Versand:
Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg

Fotonachweis: Titelseite: iStockphoto, fotolia; S. 18: Imago; S. 2, 4, 21, 25, 33: iStockphoto; S. 2, 4, 14, 16, 23: fotolia; S. 3: B. Huber; S. 7, 8, 11: dpa Picture Alliance GmbH; S. 6: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde; S. 36: BMFSFJ/C. Junghanns

ISSN 2192-9335

DJI Impulse erscheint viermal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Ein kostenloser Nachdruck ist nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

DJI Impulse kann kostenlos bestellt und auf Wunsch auch abonniert werden bei Stephanie Vontz (vontz@dji.de). Geben Sie bei einer Adressenänderung bitte auch Ihre alte Anschrift an. Die Adressen der Abonnentinnen und Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet.

Download (pdf) unter www.dji.de/impulse

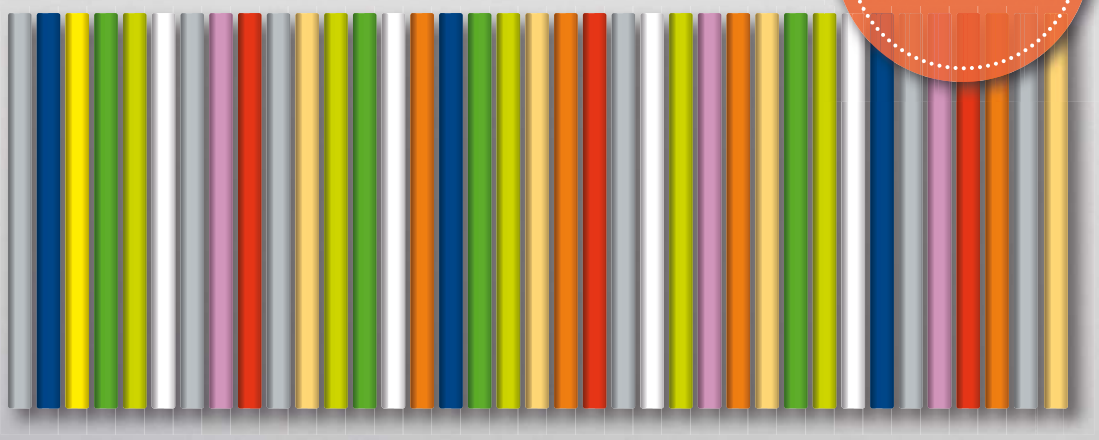
FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C014255

Deutsches Jugendinstitut

Die Gegenwart erforschen, die Zukunft denken

Forschung über Kinder, Jugendliche und Familien an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis

Unser Buchtipp



Sabine Walper, Jörg Fichtner, Katrin Normann (Hrsg.)

Hochkonflikthafte Trennungsfamilien

Forschungsergebnisse, Praxiserfahrungen und Hilfen für Scheidungseltern und ihre Kinder
Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2. Aufl. 2013
215 Seiten / EUR 21,95 / ISBN 978-3-7799-2436-4
Bezug nur über den Buchhandel

Nur bei einem geringen Teil von Trennungsfamilien existieren nach Trennung und Scheidung weiterhin ausgeprägte Konflikte. Sogenannte Hochkonfliktfamilien, in denen Beratungsangebote und juristische Intervention mehrfach gescheitert sind, werden allerdings immer mehr zur Herausforderung für Familiengerichte und psychosoziale Hilfen. Sie beschäftigten die Scheidungsprofessionen auch deshalb besonders stark, weil zunehmend deutlich wird, wie sehr die Kinder unter diesen Elternkonflikten leiden. Entsprechend wurden in den letzten Jahren in unterschiedlichen Bereichen gezielt Interventionen entwickelt, die solchen eskalierenden und anhaltenden Konflikten entgegenwirken sollen. Dieser Band versammelt neueste Forschungsergebnisse über hochkonfliktbelastete Scheidungsfamilien und deren Kinder, erläutert die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen und zeigt Möglichkeiten der Diagnostik und Intervention auf.